Nr. 238
29. April 1993
13 UHR O-PLATZ
WIE IMMER!
INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2⁵⁰ DM

Herus zum 1.Mai, Gemeinsam Kämpfen oder untergehen, Mut zur Lücke oder Auf zu neuen Ufern ???
Wir konnten uns kaum entscheiden mit welcher dieser zugkräftigen Parolen wir die Titelseite zieren wollten.
Wir wissen auch nicht ob wir uns darüber freuen sollen, daß die 1.Mai-Mobilisierung wieder (wie es auch der Anspruch ist) zum teilweisen Ausdruck unserer kontinuierlichen Politik geworden ist: Gremiengerangel, Funktionärspolitik und (relativ) hohle Parolen bestimmten das Bild.
Nachdem die Langeweile in der ersten Phase der Vorbereitung vor allem durch einige exotische Schlenker bezüglich Uhrzeit und Adressaten der Demo (dem reformistischen DGB ins Gesicht schleudern, daß er reformistisch ist) aufgelockert werden konnte, sowie durch die etwas ungewöhnliche Zusammensetzung des Plenums, kam in der zweiten Phase doch noch ein bißchen frischer Wind in das Ganze.
Was dann jedoch nach einer spannenden Auseinandersetzung um die Bestimmung autonomer Politik aussah, war schnell zu einer weinerlichen und vor allem in bemerkenswerter Konsequenz technisch geführten Diskussion geworden.
Inhalte wurden vertagt.
Nichtdestotrotz hoffen auch wir auf eine kämpferische und bunte Demo mit vielen Transparenten, die unsere Politik ausdrücken; Seitentranspis, die auch etwas Schutz geben, ohne RIM aber vielen Leuten, die sich um diese kümmern (und diese leidige Aufgabe nicht andern überlassen).
In diesem Sinne: Der 1.Mai ist großartig, alles andere ist Quark!!!

In Kürze ein paar Technix:
In den ersten paar Ketten wird die revolutionäre 1.Mai-Vorbereitungsgruppe und ihre FreundInnen laufen. Dahinter, also quasi nach einem 2.Leittransparent kann sich der Rest einreihen: Der Frauen/Lesbenblock läuft hinter'm Lauti(-Schutz) Andere Blöcke wie Alten- oder Kinderblock ist noch ungeklärt. Schaut also neben wem ihr geht. Und: es gibt noch viele Einzelaufgaben zu erledigen. Macht euch auch einen Kopf mit drum!
Treffpunkt des Kinderblocks: wie immer 12.45 Uhr, Spielplatz Waldemarstr./ Legiendamm (100 m vom Oranienplatz).

So, und jetzt noch etwas zu den Terminankündigungen. Da die Interim einen wöchentlichen Erscheinungsrhytmus hat, abgesehen von der Sommerpause, veröffentlichen wir auch nur den für die laufende Nummer aktuellen Terminplan mit einigen wenigen Ausnahmen! Im Moment erdrückt uns der Terminwust der nächsten Wochen, Monate bzw. Jahre, wobei wir aber nicht bereit sind eine Sammlung dessen anzulegen, was auch nur zur Folge hätte, daß sowieso einiges abhanden kommen würde. Also müßt ihr euch schon die Mühe machen euren jeweils aktuellen Film-,Veranstaltungs-, Fetenhinweis etc. zur aktuellen Ausgabe in den Briefkasten zu stecken obwohl ihr uns vielleicht schonvor Monaten euer gesamtes Jahresprogramm geschickt habt. Ansonsten dürft ihr nicht enttäuscht sein, wenn euer Termin nicht aufgeführt ist und uns dafür verantwortlich machen!

INHALT

ORDNER:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

.....trotzdem.....jetzt erst recht.....und überhaupt....

Auf der Frauen/Lesben-VV vom 21.4. haben wir beschlossen, daß wir uns trotz der ganzen Querelen im Vorfeld an der diesjährigen I.Mai-Demo beteiligen und einen eigenständigen Frauen/Lesben-Block machen wollen (mit eigenen Parolen, Transparenten und Redebeiträgen).

Denn es gibt 1OOO Gründe für uns Frauen auf die Straße zu gehen - auch am I.Mai:

- um zu zeigen, daß es immer wieder Frauen und Mädchen gibt, die nicht dem herrschenden Frauenbild entsprechen: die z.B. lesbisch, frech, aufmüpfig und militant sind

- um andern Frauen und Mädchen Mut zu machen, sich ihrer Rolle zu widersetzen und sich gegen rassistische und sexistische Gewalt zur Wehr zu setzen

- und weil die Situation für Frauen und Mädchen nach wie vor beschissen ist:
 * alltägliche Gewalt (von verbaler Demütigung bis zu Vergewaltigung) auf der Straße, auf Arbeit und auch in linken Zusammenhängen, hierarchische Verhältnisse in fast jeder Begegnung mit Männern
 * wenig Kohle, stattdessen miese und schlecht- oder gar unbezahlte Arbeit
 * und die wenigen erkämpften Projekte, die uns Alternativen und Hilfen bieten, z.B. bei sexuellen Übergriffen oder im Gesundheitsbereich, sollen durch ABM-Kürzungen kaputt gemacht werden

und außerdem:

- weil die Mieten immer teurer und die Menschen aus ihren Kiezen vertrieben werden

- wegen dem rassistischen Terror von Fascho-Banden und staatlichen Asyl- und Ausländergesetzen gegen alle hier "unerwünschten "AusländerInnen"

- weil die Bundeswehr neuerdings auf der ganzen Welt an Kampfeinsätzen gegen die Armen und Unterdrückten teilnimmt

etc. etc. etc.

Wir rufen alle Frauen und Mädchen aus den unterschiedlichsten Lebensrealitäten (alte, junge, schwarze, weiße, Lesben, Heteras, Behinderte.....) auf:

Kommt zum

Frauen/Lesbenblock

auf der rev. I.Mai-Demo I3 Uhr O-Platz

(Treffpunkt entsprechend Lautsprecherdurchsage, wahrscheinlich hinter dem autonomen Lautsprecherwagen)

Mobilisiert eure Freundinnen!
Bringt Transparente mit, Parolen etc., alles womit wir Stimmung machen und rüberbringen können, was wir wollen!

Gegen den rassistischen und sexistischen Alltag!
FRAUEN AUF DIE STRASSE! FRAUEN AUF DIE STRASSE!

WALPURGISNACHT

30.4.1993

DEMO 18.00 UHR
WINTERFELDPLATZ
FETE 20.00 UHR
ALTE TU-MENSA
HADENBERGSTRASSE

Berlin 1977: die erste Demonstration wegen einer Vergewaltigung mit Todesfolge. Daraus entstand die Gruppe ***Frauen gegen Vergewaltigung***, die sich zum heutigen ***Notruf*** entwickelte.

Der *Notruf* setzt sich aktiv mit der Gewalt gegen Frauen auseinander und ist das einzige Projekt dieser Art in Berlin (und war das erste in der BRD). Die Mitarbeiterinnen arbeiten unbezahlt

deshalb ist der *Berliner Notruf* auf Spenden und den Erlös der **Walpurgisnacht** angewiesen. Jetzt findet wieder eine Demo (Thema: Massvergewaltigungen in Ex-Jugoslawien) und ein Fest für alle Frauen statt.



EA informiert

Ermittlungsausschuß

gegen staatliche Verfolgung bei Demos und Aktionen aus dem linken Spektum

- macht Telefondienst bei Demos und Aktionen
- sammelt Informationen, Protokolle von Zeugen
- schafft Gegenöffentlichkeit

EA-Info 1. Mai 93:

Auch in diesem Jahr werden wir zum "revolutionären 1. Mai" am Telefon sitzen und durchgängig bis So., den 2. Mai Dienst machen. Also meldet bitte Festnahmen, schreibt gegebenfalls Gedächtnisprotokolle und laßt sie uns zukommen. Auch Fotos von Festnahmen und Polizeiübergriffen können wichtig sein.

Ansonsten müssen wir nochmal betonen, daß die Zeiten härter geworden sind. So gab die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin kürzlich bekannt, daß zukünftig bei Verfahren wegen schweren Landfriedensbruch keine Bewährungsstrafen mehr gefordert werden.
Uns sind bisher mehrere Verurteilungen zwischen 12 und 15 Monaten ohne Bewährung bekannt, das heißt, die Betroffenen müssen gegebenfalls die Monate absitzen.

Toll ist, daß seit unserem Spendenaufruf schon etliche Geldbeträge bei uns eigegangen sind. Wir freuen uns über dieses **solidarische** Verhalten.
ABER, es reicht nicht! Um die Arbeit des Ermittlungsausschusses längerfristig so wie bisher beizubehalten, brauchen wir mehr regelmäßige Spenden!

Kto-Nr. 20610-106,
Postgiro Bln., Sonderkto. Klaus Schmidt

dienstags: 20-22 Uhr

Tel. 692 22 22

Der 1. Mai, das Leben und der Rest

Eine kurze Geschichte des 'revolutionären 1.Mai' in Berlin

Jetzt ist es mal wieder soweit. Zum sechsten Mal wird in Berlin eine "revolutionäre 1.-Mai-Demo" vorbereitet. Doch noch nie hat es so viel Streit um das Ereigniss gegeben, das fest in den Terminkalendern der einheimischen autonomen und linksradikalen Szene steht. Allenthalben ist vom "Mythos 1.Mai" die Rede. Zwei Wochen vor dem Stichtag ist in Berlin gerüchteweise von bis zu sechs (!) verschiedenen Veranstaltungen die Rede, die alle in Abgerenzung zum Projekt der jeweils anderen Fraktionen geplant werden. 'Revolutionäre O.S.T.B.L.Ö.C.K.E' aus dem Prenzlauer Berg verwahren sich in der INTERIM mit kräftigen Worten dagegen, daß 'die' 1.-Mai-Demo 1993 in 'ihren' Stadtbezirk zieht. Leute, die lange Jahre an den Demos teilnahmen oder sie sogar vorbereiteten, verlassen zum Stichtag Berlin. Kurzum: nach sechs Jahren ist endgültig der Wurm drin.
Wie überall, gilt auch hier: Wenn es ersteinmal alles auseinander fliegt, müssen die Wurzeln dafür tiefer - in diesem Fall: früher - liegen. Daher scheint es uns ganz sinnvoll, diese letzten sechs Jahre '1. Mai in Berlin' unter die Lupe zu nehmen. Wir sind dabei der Frage nachgegangen, wie das, was jetzt stattfindet, entstanden ist, sich entwickelt hat und schließlich zu dem geworden ist, was heute die Gemüter erregt. Besonders interessiert haben uns dabei die Brüche, die in der Geschichte der 1.-Mai-Demos selber liegen.
Wir haben uns bei unserer Suche vor allem auf zwei Dinge gestützt: einmal unsere eigene Erinnerung und die unserer Freundinnen und Freunde, und zum anderen auf die Vor- und Nachbereitungspapiere, die in der INTERIM veröffentlicht worden sind. Es ist natürlich gerade für Leute aus dem Osten nicht leicht, die Geschichte einer autonomen Organisierung, an der sie nicht teilgenommen haben, ausschließlich auf der Grundlage der veröffentlichenten Papiere zu schreiben. Andererseits jedoch ist die Situation in Ostberlin für eine solche Untersuchung gerade deswegen günstig, weil hier seit nunmehr drei Jahren Leute miteinander umgehen, die entweder als ehemalige Westberlinerinnen und Westberliner die Ereignisse von Anfang an hautnah erlebt oder gar gestaltet haben, oder aber als Leute aus Ostberlin einen distanziert-sehnsüchtigen Blick darauf hatten.
Obwohl besonders in den letzten Jahren der "Mythos" dieses Tages beschworen wurde, beweißt doch schon die individuelle Erinnerung, daß nie eine Demo [illegible] andere war und die 'Vorbereitung des 1.Mai' auch immer ein Prozeß gewesen ist, der ein Spiegelbild des Zustands der (linksradikalen) Szene Berlins war.
Diesem Prozeß - und damit dem Zustand - versuchen wir, nachzuspüren.

1987 - ein Kiez explodiert

Am 1. Mai 1987 überfiel die Polizei ein harmloses Kiezfest auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg. Familien auf dem Kinderfest wurden mit Tränengas eingenebelt, wer den den Beamten vor den Schlagstock kam, wurde zusammengeschlagen. Im Nu hatte die Polizei damit einen Kiezaufstand ausgelöst, wie Westberlin ihn lange nicht mehr gesehen hatte. Die Filiale der Lebensmittelkette Bolle geht in Flammen auf. Einkaufswagen voller Lebensmittel, Spirituosen und Pampers werden auf der Straße unter den Leuten verteilt. 'Getränke Hoffmann' wird vom Volk beschlagnamhmt. Bis zum nächsten Morgen um drei Uhr ist der Kiez fest in der Hand seiner BewohnerInnen und 'bullenfrei'.
Die Ursachen für diesen spontanen Aufstand sind vielfältig, und lassen sich im Einzelnen nicht genau benennen.
In der Nacht zuvor hatte die Polizei im Rahmen von Ermittlungen gegen VolkszählungsgegnerInnen den Mehringhof gestürmt und durchsucht. Wut war also genügend vorhanden, und das nicht nur bei Autonomen sondern auch sehr vielen Mitgliedern alternativer Projekte, die diesen Volkszählungsboykott entscheidend mitgetragen hatten.
Die Situation der sogenannten 'normalen Bürgerinnen und Bürger', die sich massenhaft an Plünderungen und der Vertreibung der Bullen aus dem Kiez beteiligten, beschreibt WILDCAT Nr.42 vom Herbst 87 als 'soziale Marginalisierung'. Laut offiziellen Statistiken der INTERNATIONALEN BAUAUSSTELLUNG (IBA) galten für Kreuzberg SO 36 1987 folgende Zahlen: 20 bis 30 % Arbeistlosigkeit insgesammt; Jugendarbeitslosigkeit 40 % bei deutschen und 60 % bei türkischen Jugendlichen; durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 648 DM (Westberlin gesammt: 1400 DM). Vor diesem Hintergrund definiert WILDCDAT 'soziale Marginalisierung' politisch: "Leute, deren Interessen von keiner Institution vertreten oder geschützt werden und die keine institutionelle Möglichkeit haben, sich durchzusetzen". Staatlicherseits wurde auf diese Problem entweder im Rahmen der IBA sozialarbeiterisch reagiert - oder eben mit polizeilichen Mitteln.
Nach dem 1.Mai herschte in Kreuzberg Belagerungszustand: täglich 1000 Bullen im Einsatz, Tag und Nacht durchkämmen Bullen in voller Kampfmontur den Stadtteil. Viele BewohnerInnen hatten den Eindruck, plötzlich nach Belfast versetzt zu sein.
Die Mai-Ereignisse wirkten mobilisierend auf die Reagan-Besuchs-Vorbereitung. Kreuzberg hatte nach dem Abflauen der Häuserkampfbewegung 80/81 wieder hohe Anziehungskraft für westdeutsche Autonome gewonnen. Als Reaktion auf die Scherbendemo vom Vorabend riegelte die Staatsgewalt am 11.6. SO 36 vollständig ab und versuchte so, den "Aufstand" zu ghettoisieren.
Die Diskussion in der 'Szene' schwankte nach dem 1.Mai zwischen Euphorie ('Vereinheitlichung des Wiederstands auf westeuropäischer Ebene'), Verunsicherung und dem Versuch, den Aufstand für eigene politische Zwecke zu vereinnahmen. Beinahe täglich gab es neue Flugblätter, die jedoch meist um ein Problem kreisten: die eigene Position gegen-

über der Revolte darzustellen und wie es das nächste Mal besser zu machen wäre. (Alles zwischen: '... das nächste Mal besser vorbereitet sein; das nächste Mal selber machen; die Schnapsregale zerdeppern, damit die Leute nicht zu viel saufen' und "wacheschieben vor kleinen Läden etc.") Was eine Auseinandersetzung mit der Kreuzberger Bevölkerung sein sollte, geriet zur ideologischen Nabelschau. Folgerichtig wurde die erwähnte Scherbendemo am 10.6. (dem Endpunkt einer ganzen Aktionswoche) als Erfolg wahrgenommen, während auf die Abriegelung des Stadtteils durch die Polizei kaum reagiert wurde. So ergänzte sich die Eindämmungstakik des Staates schließlich mit der Selbstghettoisierung der Szene.
Nachdem im Spätsommer der Spuk wieder vorbei war, machte sich unter den Leuten diffuser Unmut breit. Reformistische Kräfte drängen im Kiez vor: Initiativen von Autonomen in Richtung Stadtteilpolitik nehmen realpolitische Züge an. "Wir im Kiez gegen die Mieterhöhungen, gegen die Armut, gegen die Bullenpräsenz, gegen die Randale." (WILDCAT 42) Die Zusammenarbeit zwischen autonomen Gruppen und alternativen Projekten - zuletzt in der VOBO-Kampagne praktiziert - intensivierte sich nun auch in der Stadtteilarbeit. Die Folge war, daß die Fraktionierung innerhalb "der Autonomen" deutlicher wurde, und viele erkennen konnten, daß es sich bei "den Autonomen" weder um eine politische noch um eine soziale Einheit handelt.

1988 - ein Mythos wird geboren

Aus dieser Situation heraus entstand im Frühjahr 88 die Idee, am "Jahrestag des Kiezaufstandes" einen "Umzug" zu veranstalten. Auf der politischen Ebene war es der Versuch, deutlich zu machen, daß der DGB mit Stadtteil- und/oder Kiez-Politik als Teil eines umfassenden sozialen Kampfes nichts zu tun hat. ("Was nützt es den Menschen, die durch horrende Mieterhöhungen aus ihren Wohnungen vertrieben oder zwangsgeräumt werden, wenn der DGB immer nur Arbeitsplätze fordert, egal wo und unter welchen Bedingungen." Nachbereitung, INTERIM Juni 88) Andererseits verband sich mit der Vorbereitung dieser ersten unabhängigen, 'revolutionären' 1.-Mai-Demo die Unsicherheit in der Einschätzung, ob die Ereignisse des Jahres 1987 in der Tat ein revolutionärer Aufbruch eines ganzen Stadtteils gewesen waren. Anderen Gruppen war es wichtig, den 1.Mai als "Kampftag" von den reformistischen, soziale Widersprüche unterdrückenden deutschen Gewerkschaften "zurück-" bzw. "neuzuerobern".
Daß 8000 Menschen durch Kreuzberg und Neukölln zogen, wurde vor diesem Hintergrund nahezu einhellig als Erfolg bewertet. Als besonders positiv wurde neben anderem hervorgehoben, daß viele der alten HausbesetzerInnen sich nach Jahren wieder in eine aktive politische Arbeit einbrachten. Diese Einschätzung ist allerdings auch erst dann zu verstehen, wenn man beispielsweise weiß, daß es 1987 einen Streik von BauhilfsarbeiterInnen gab, die für die BesetzerInnen (und damals mittlerweile EigentümerInnen) des Hause Baerwaldstraße 3 in Kreuzberg 61 als feste Baukolonne die "Selbsthilfe" leisteten. (Gefordert wurde unteranderem: garantierte Arbeitsverhältnisse, allgemein übliche soziale Absicherung, Einheitslohn von 13,50 DM/Stunde.)
Ebenso wurde versucht, die nach dem 1. Mai 87 eingetretenen Entwicklungen wenigsten teilweise zu erkennen und zu ändern. In dem bereits zitierten Nachbereitungspapier heißt es dazu: "Das 'Ghetto aufbrechen' heißt demnach nicht, sich anzupassen, Inhalte aufzugeben, sondern die eigenen Kämpfe weiterzuführen, sie nachvollziehbar und auch für andere attraktiv zu machen."
Im Nachhinein läßt sich weder aus den Nachbereitungspapieren noch aus den persönlichen Erinnerungen von an diesem 1.Mai unmittelbar Beteiligten erschließen, ob es an der Vorbereitung, dem Verlauf oder auch der Nachbereitung der ersten "revolutionären 1.-Mai-Demo" Kritik gab. Zwei Gefühle vor allem bestimmen die subjektive Einschätzung des Tages: die Szene habe sich durch die Demo ihrer eigenen Stärke versichert - und andererseits sei durch die Beteiligung allgemein "linker" Initiativen und Projekte "die Ablehnung ... institutioneller Politik überhaupt weit über das autonome Spektrum" hinausgetragen worden. Ebenso auffällig ist, daß die Randale, die es in SO 36 auch in diesem Jahr gab, weder in den Nachbereitungspapieren eine Rolle spielt noch in der individuellen Erinnerung Einzelner eine Rolle zu spielen scheint. Die Ereignisse der folgenden Jahre legen allerdings nahe, daß solcherart (durch fehlende Reflexion also) die militanten Auseinandersetzungen nach der eigentlichen Demonstration bereits mit dem Jahr 88, der "ersten revolutionären 1.-Mai-Demo" ritualisiert wurden.

1989 - die Verlockung der Macht

Im Frühjahr 1989 lassen sich in der Westberliner Szene zwei unterschiedliche Tendenzen ausmachen.
Mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus Ende Januar wird die Alternative Liste (AL) Regierungspartei. Ihre Klientel, die "alternativen" Projekte und Stadtteilgruppen, begriffen diesen Vorgang als "Jahrhundertchance für die Stadt" und fühlten sich folgerichtig im Frühjahr 89 mehr und mehr als Teil der Staatsmacht im Lande Berlin. Der Reformismus der vergangenen Jahre, den autonome Gruppen bis dahin anzuprangern nicht müde geworden waren, nahm im klassischen Sinne staatstragende Formen an. Autonome selber erlebten den Machtwechsel in der Stadt indess gänzlich anders. Zu den ersten Amtshandlungen des neuen rot-grünen Senates gehörte unteranderem die Räumung von 8 neubesetzten Häusern. Damit vertiefte sich die autonome Aversion gegenüber der AL, die bereits im Jahr zuvor wegen der Haltung der Partei zur Räumung des Kreuzberger Kinderbauernhofes in der Adalbertstraße entstanden war. Die Annahme autonomer Gruppen, die AL sei, obwohl vorgeblich fundamentalistischer Flügel der GRÜNEN, ohnehin nichts weiter als eine staatstragende Partei wie alle anderen auch, fand in der Regierungsbildung des Jahres 89 ihre Bestätigung. Hinzu kommt, daß die "einzige linksradikale Tageszeitung Deutschlands", die taz, über Nacht zum Regierungsblatt geworden war.

Doch auch die Wichtung der einzelnen Fraktionen innerhalb des autonomen Spektrums veränderte sich. Gruppen, die Basisarbeit leisteten (im Stadtteil oder im Betrieb) und so explizit eine 'Gegenmacht von unten' (im Sinne der klassischen italienischen autonomia operaia) aufbauen wollten, gerieten wegen des damit verbundenen 'realpolitischen' Geruchs in die Defensive. (szene-intern: 'Realo-Autonome') Gruppen hingegen, die schon in der Vergangenheit den Anspruch einer 'Revolutuionären Avantgarde' vertraten (Anti-Imps u.ä.) erhielten Oberwasser. So verwundert es nicht, daß sich genau diese Gruppen der Vorbereitung des 1.Mai annahmen, während sie sich im Jahr 8zuvor noch relativ bedeckt gehalten hatten. Ablesbar wird das daran, daß sich die Schwerpunkte der Vorbereitung von den konkert-politischen Themen wie sozialen Kämpfen im Stadtteil und im Betrieb hin zu allgemein-politischen Ansätzen wie beispielsweise der Gefangenenarbeit oder dem proletarischen Internationalismus verschoben. ('Der 1.Mai gehört nicht dem Volk sondern dem Proletariat!') Diese Gruppen verhielten sich zur Idee des 'revolutionären 1.Mai', so wie sie die Vorbereitung des Jahres zuvor formuliert hatte, wie Trittbrettfahrer: nach dem die 88iger Demo ein offensichtlicher Erfolg geworden war (oder zumindest so bewertet wurde) nutzten sie ein Jahr später die Gelegenheit, um sich für ihre Ideen eine Basis zu suchen - und stellten das ursprüngliche Konzept damit auf den Kopf.
Beide Tendenzen kreuzten sich zwangsläufig am 1.Mai 1989.
Im April 89 begann die taz mit einer, für eine Zeitung (mit diesen Ansprüchen) beispiellosen Hetzkampagne gegen die Demo selber und übertraf damit die großbürgerlichen Medien um Längen. ('Wer ein bißchen Verantwortung in sich trägt, bleibt am 1.Mai zu Hause und lernt.') Der bis heute andauernde Bruch autonomer Strukturen mit etwas, daß sie bis dahin wenigstens Ansatzweise noch als 'unsere Zeitung' wahrgenommen hatten, liegt in dieser Kampagne begründet.
Die Demonstration selber war vor allem durch eine völlig neue Polizeitaktik gekennzeichnet. Unter der Parole der 'Deeskalation' hielten sich die polizeilichen Einsatzbereitschaften soweit zurück, daß Polizisten unteranderem seelenruhig die Plünderung der Kreuzberger Woolworth-Filiale beobachteten, ohne einzugreifen. (Abgesehen vom veröffentlichten Unmut, der so erzeugt wurde und den neuen SPD-Innensenator Pätzold traf, hält sich bis heute das Gerücht, daß dieses Handeln ((korekt: Nicht-Handeln)) der Polizei einen versuchten Putsch der konservativen, mittieren Polizeiführung gegen den Innensenat darstellte. - Aber ein ähnliches Gerücht gab es auch im Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen in der Mainzer Straße zwei Jahre später...)
Wie heftig der Streit nach der Demo im Kiez selbst entbrannte, zeigt die Menge an Nachbereitungspapieren, die seitdem nicht wieder übertroffen worden ist. Die inzwischen weitestgehend AL-nahen Projektgruppen warfen den Automen vor allem vor, sich mit der Randale 'gegen die Menschen im Kiez' gewandt zu haben, und mit dem 'Versuch, zu zeigen, daß der Kiez unregierbar ist', den 'eigenen Leuten' in den Rücken zu fallen. Auf danach einberaumten Kiezpalavern konterten autonome Gruppen, daß 'die eigenen Leute' vor allem die Interessenvertreter des mehr oder weniger auch in Kreuzberg etablierten 'alternativen' Spektrums seien, sie hingegen immer noch eine Politik mit Menschen machen wollten, die keinerlei Interessenvertretung hätten (und auch nie bekommen würden). Die unüberbrückbare Spaltung zwischen 'etablierten' Altenativen und ihrem 'Chaoten raus'-Gebrüll in bester BILD-ZEITUNGS-Manier und einem autonomen Spektrum, das zwischen Basis- und/oder Kiezarbeit und Weltrevolution hin und her gerissen war, schlug in offene Feindschaft um.
Von heute aus betrachtet sind die eigentlichen Verlierer dieser Auseinandersetzung diejenigen autonomen Gruppen, deren Bezug zur Basisarbeit und damit zur autonomia operaia am stärksten war.

1990, 1991, 1992 - der autonome Mikrokosmos

Feindbilder müssen gepflegt werden. Nach einer solchen Vorgeschichte kann es deshalb kaum jemanden verwundern, daß das autonome Spektrum Westberlins den Zusammenbruch der DDR, den Fall der Berliner Mauer und die politische Vereinnahmung der DDR im Frühjahr 1990 kaum wahrgenommen hat. Während sich die Welt änderte, lag man in Westberlin in den einmal ausgehobenen politischen Gräben. Anders, als mit militärischen Begriffen war selbst das Verhältnis zwischen westberliner autonomen Gruppen 1990 nicht mehr zu fassen. Ostgruppen, die endlich ihrer Sehnsucht nachgeben konnten und beim Vorbereitungsplenum der 90iger 1.-Mai-Demo hineinschauten, fanden eine zutiefst in sich zerstrittene 'Szene' vor. Für sie bot sich nur die Chance, sich in die vorgefundenen Strukturen (und damit in die bestehenden Feindschaften) einzuordnen, oder weg zu bleiben.
1990 fand in Ostberlin eine eigenständige 1.-Mai-Demo statt. Nach dem Ende des Umzuges auf dem Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg zogen viele TeilnehmerInnen zum damals noch bestehenden Übergang Heinrich-Heine-Straße und überliefen einfach die Grenzkontrollen, um nach Kreuzberg zu gelangen. Dieser Versuch, demonstrativ aufeinander zuzugehen, blieb folgenlos.
Ab dem Sommer 1989 wurden im Prenzlauer Berg die ersten Häuser besetzt. Im Laufe des Frühjahrs 1990 folgten Besetzungen in den Bezirken Mitte und Friedrichshain. Waren es im Prenzlauer Berg noch vorwiegend OstberlinerInnen, die die in Fülle vorhandenen leeren Häuser mit Beschlag belegten, zogen nach Mitte und Friedrichshain vorwiegend Leute, die aus der Westberliner autonomen Szene stammten oder sich über den Uni-Streik 88/89 politisiert hatten. Im Gepäck hatten sie die politische Kultur (und vor allem die Diskussionskultur) die sie im Westen gelernt (und gelebt) hatten. Konflikte im Umgang mit linksradikalen Ostdeutschen blieben so nicht aus. In Auseinandersetzungen im Gesamt(ost)berliner B-Rat wurde der Begriff des 'Ost-West-Konfliktes' geboren. Mit dieser Formel wurde in den folgenden Monaten alles zugekleistert, was an Widersprüchlichem zwischen der Szene 'West' und der Szene 'Ost' vorhanden war. Wobei hinzukommt, daß es für WestberlinerInnen bis heute schwierig ist, diese 'Ost-Szene' überhaupt

zur Kenntnis zu nehmen. Mit der Propagierung der Formel vom "Ost-West-Konflikt" begann jedoch gleichzeitig sowohl bei OstberlinerInnen als auch bei Leuten aus dem Westen, die in den Osten gezogen waren, ihre gedankliche Auflösung. Es wurde erkannt, daß mit diesem Schlagwort Konfliktlinien zugedeckt wurden, die in der Westberliner Szene längst bestanden und die einfach nur neue Protagonisten erhalten hatten (bespielsweise der oben skizzierte Konflikt zwischen Anti-Imps und 'Realo-Autonomen'). Dieser Prozeß des Umdenkens, der Einsicht in tiefere Zusammenhänge (die zum großen Teil in der linksradikalen Geschichte Berlins selbst liegen) ist längst nicht abgeschlossen. Er veränderte jedoch allmählich die Sichtweisen und schuf so eine 'neue' Ostberliner Szene. Auf diese Art wurde beispielsweise nach mehr als einjähriger Unterbrechung auch wieder eine Zusammenarbeit zwischen FriedrichshainerInnen und Leuten vom Prenzlauer Berg möglich.
Dieser gedankliche Exkurs war notwendig, um zu verstehen, welche neuen Auseinandersetzungen sich in den Jahren 91 92 und 93 die Vorbereitung des Berliner 'revolutionären 1. Mai' mitbestimmten.
1991 kamen die OrganisatorInnen auf die Idee, von Kreuzberg aus nach Friedrichshain zu ziehen. Dahinter stand vor allem der Bezug auf die Straßenschlacht um die Mainzer Straße im November 1990. Dies zeigt, wie sehr sich die Vorbereitung der Demonstration bis zu diesem Jahr bereits verändert hatte. Die - wie gezeigt - 88 beginnenden Ritualisierung militanter Auseinandersetzungen am 1.Mai wurde nun per se Inhalt und Legitimation der Demonstration selbst. Politische Begründungen, wie etwa: man wolle die Akzeptanz linken Widerstands im Friedrichshain mit seinen 25 besetzten Häusern überhaupt erhöhen, verkamen zur bloßen Garnitur. Der Friedrichshainer BersetzerInnen-Rat lehnte am 3.April 1991 einmütig Friedrichshain als Ziel der 1.-Mai-Demo ab. Darum scherte sich in Westberlin jedoch niemand. So kam es, daß 91 zum ersten Mal eine 1.-Mai-Demo gegen den erklärten Willen von anderen autonomen Gruppen an einem - von Westberlin aus - bestimmten Ort stattfand. Westberliner OrgansitorInnen warf den Bewohnerinnen und Bewohnern der besetzten Häuser in Friedrichshain vor allem vor, ihre ablehnende Haltung stamme ausschließlich aus der Sorge um "ihre" Häuser und damit aus "knallhartem Besitzdenken" (Redebeitrag 1.Mai-Demo 91). Ehemalige WestberlinerInnen aus Friedrichshain antworteten: "Und wenn nocheinmal irgendein dämlicher Westautonomer so dreist sein sollte, Leute als reformistisch (und damit als Teil des Schweinesystems) niederzumachen, die etwas vielfältigere Aktionsformen in ihrem Repertoire haben als Steineschmeißen aus Tradition, dann können wir dazu nur noch sagen, daß gerade das eben jene Entsolidarisierung vorantreibt, die unsere heißgeliebte revolutionäre Avantgarde auf der Mai-Demo in dem Redebeitrag zu den besetzten Häusern in Friedrichshain breitgewalzt hat." (BZ Nr.1 15.5.91)
In dieser Auseinandersetzung werden zwei Umstände deutlich.
Zum einen setzte sich die 89 beginnde Tendez fort, daß mehr und mehr die dogmatische (autoritäre) Fraktion der Autonomen aber zunehmend auch stalinistische K-Gruppen-Immitationen die Vorbereitung des 1.Mai bestimmten. Zum anderen zeigte sich ab 91 besonders, daß Kritik an den von diesen Gruppen vertretenen 'politischen' Positionen als Entsolidarisierung diffamiert wurde, um mit diesem Totschlags-Argument Kritik überhaupt abzuwürgen.
Über diese Auseinandersetzungen beschleunigte sich der Niedergang der Idee vom 'revolutionären' 1.Mai wesentlich. Der Umzug des Jahres 92 war hauptsächlich durch die militante Auseinandersetzung mit der RIM geprägt. Das Plenum hatte, besonders auf Drängen von Ostberliner Gruppen im Vorfeld beschlossen, daß die RIM weder einen Lautsprecherwagen noch Mao- oder Stalin-Transparente mit zur Demonstration bringen darf. Natürlich hielt sich die RIM nicht daran und so eskalierte der Konflikt in einer wüsten Messerstecherei kurz nach dem Beginn der Demonstration. Die sich so dokumentierende Schwäche der Westberliner Szene, das Kräfteverhältnis in der Vorbereitung zum 1.Mai zu ändern, führte zum endgültigen Rückzug der OstberlinerInnen vom 'revolutionären 1.Mai'.
In der Vorbereitung des 1.Mai 1993 kulminieren die aufgezeigten Tendenzen. Die Demovorbereitung will, daß von Kreuzberg aus in den Prenzlauer Berg gezogen wird - und jedeR in der Stadt kennt den Grund: die partiell gelungene Scherbendemo im PrenzlBerg 92 unter dem Motto: "Der Osten schlägt zurück". Daß damit auch gemeint war, sich von dem "Westberliner Theater" abzugrenzen, wurde dort zu keiner Zeit realisiert. Auch in diesem Jahr entstand der Plan der Vorbereitungsgruppe unter Ausschluß der direkt Beteiligten und gegen ihren erklärten Willen. Die Nachbereitungspapiere könnten eigentlich schon jetzt (Mitte April) geschrieben werden. Die Stimmung in Teilen der autonomen Szene Berlins tendiert mittlerweile zu dem Satz: "1.Mai - nix gelernt!".

Nachsatz

Der Versuch, eine "kurze Geschichte" schreiben zu wollen, bedeutet immer, auszuwählen und wegzulassen. Andere werden andere Ereignisse als wesentlich in Erinnerung behalten haben.
Aus einer Fülle auszuwählen heiß auch, zu werten. Wertung aber eröffnet die Chance zur Diskussion. Unstrittig sollte sein, daß bei der Unzufriedenheit, die heute allenthalben wegen des 1.Mai herrscht, eine solche Diskussion dringend geboten ist. Wenn sie nicht geführt wird, sollte der "revolutionäre 1.Mai 1993" allerdings der letzte sein.

jessica und lupo

"Es gibt tausend gute Gründe auf die Straße zu gehen..."

oder

ALLE JAHRE WIEDER – HERAUS ZUM 1.MAI

Das Verhältnis von emanzipatorischen Bewegungen zum 1.Mai scheint seit langem klar zu sein – KAMPF -UND FEIERTAG, je nach Sichtweise und historischer Situation. Auch wir waren bisher immer bemüht, uns in irgendeiner Weise auf diesen Tag zu beziehen, da er uns die Möglichkeit gibt, verschiedene, oft getrennt geführte Kämpfe zuzsammen zu bringen. Dabei ist es sicher problematisch, daß der Tag sich nicht nur eine konkrete soziale Auseinandersetzung thematisiert, sondern eher Spiegel von Bewegung ist.
Unser Problem als Ostberliner ist es dabei seit langem schon, mit quasi vorgegebenen Mai – Ritualen umzugehen.

Die Haltung zum Kampf und Feiertag in der DDR war eher ein Zwiespältiges. Zum einen wurde der 1.Mai von der SED-Führung vereinnahmt, um eine "Einheit von Partei und Volk" zu demonstrieren, die es so nie gegeben hat. Trotzdem war es für viele ein Tag der Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und ein Tag, an dem man sich auch auf die Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung bezog. Andere äußerten ihren Protest gegen die Vereinnahmungspolitik, indem sie den "Feierlichkeiten" fernblieben.

Nach dem Zusammenbruch und der Vereinnahmung gibt es für uns andere Realitäten. Vorstellungen zum 1.Mai bezogen sich nun auf eine Auseinandersetzung der Linke-West mit ihrem System. Da waren einerseits die Erfahrungen mit der Kampfverhinderungspolitik der DGB-Führer, und da war die spezifische Kreuzberger Tradition seit 1987. Für uns war es 1990 eine Motivation mit den Genossen und Genossinnen im Westen gemeinsame Positionen zu den Prozessen und den Realitäten in der Stadt zu entwickeln. Dabei war für uns immer auch klar, wir haben andere und eigene Erfahrungen ,die wir einbringen wollen. Das hat so in keinster Weise geklappt. Unsere damals vielleicht noch nicht ganz vollständigen Gedanken von einer Eigenständigkeit scheiterten an den Mhyten, den festgefahrenen Diskussions -und Denkstrukturen vieler Westlinker.
Gemeinsame Positionen kamen nicht zu Stande, weil es nur in Einzelfällen ein wirkliches Interesse an unserer Situation und ein Eingehen darauf gab.

In den oft sehr emotional geführten Diskussionen stellte sich schnell heraus, das es schwierig ist, die Interessen der ausländischen Genossinnen in Westberlin mit den im Osten relevanten Themen zu verbinden. Unbewußt schlich sich so etwas wie eine Hierarchisierung von Unterdrückungsformen in die Argumentationen ein.

Unterschiedliche Auffassungen gerieten auch in der Frage nach dem Umgang mit stalinistischen und andern dogmatischen Gruppen aneinander. Was für uns eine inhaltliche Position war, erkannten viele Westleute eher als praktisches Problem. Dabei ging es in den Auseinandersetzungen selten um das Problem von dogmatischen Sekten in unseren Reihen, denn um konkrete Kritik am Verhalten der RIM auf verschiedenen Demonstrationen der Vergangenheit.
EXKURS: RIM nennt sich selbst "Revolutionäre Internationale Bewegung" und ist eine von den Ideen Stalins und vor allem Mao's geprägte Politsekte, der mehrere Parteien auf der ganzen Welt angehören. Die bekannteste von diesen ist sicher der "Leuchtende Pfad" in Peru, der dort schon seit langem für seinen mörderischen und dogmatischen Umgang mit Andersdenkenden bekannt ist. In der BRD firmiert die RIM unter dem Namen "Revolutionäre Kommunisten" (RK) und hat in Berlin und einigen anderen Städten kleine Gruppen aufgebaut, die sich je nach Stärke der dortigen Scene mit ihren eigenen Positionen in die politische Diskussion einmischen. Gefährlich darin finden wir die Tendenz der Auflösung von gemeinsamen Diskussionen und Entscheidungen hin zur Politik von kleinen Kadergruppen, die sich ja bekanntermaßen immer mehr Gewicht in den Auseinandersetzungen erarbeiten.

Für uns ist daher eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit solchen Tendenzen von Vorrang, an deren Ende für uns nur ein Ausschluß von solchen Gruppen stehen kann. Wir können uns aus der eigenen Geschichte, wie aus den historischen Erfahrungen kein Zusammengehen mit dogmatischen/doktrinären Grüppchen vorstellen. Die Genossen und Genossinnen in Westberlin sind da in ihren Stellungnahmen weniger konsequent und führen die Auseinandersetzung entweder gar nicht, oder entlang von technischen Fragestellungen. Dies ist für uns kein akzeptables Verhalten, zumal gerade die RIM sich eh nicht an Absprachen hält, und zu uns wie zu Westlinken ausschließlich ein taktisches Verhältnis eingeht. Anders ist auch nicht zu erklären, aus welchen Gründen sonst die RIM in verschiedenen Städten unterschiedlich aggressiv auftritt, wo doch bei solchen Strukturen sonst die Weisungen aus der Zentrale kommen.

Unsere Forderung, ein klares Verhältnis zu dogmatischen/stalinistischen Gruppen einzugehen wurde ebensowenig erfüllt, wie ein von uns eingeklagtes Verständnis für die Realitäten in Ostberlin.
Resultat dieses Verhaltens ist für uns ganz klar der Schritt in eine eigenständige Organisierung gewesen. Ausdruck fand dieses Bemühen zum einen in den Ereignissen des letzten 1.Mai (Ostblock, Prügelei mit der RIM, Antifaaktion am Thälmannpark, Kiezumzug im Prenzelberg). Zum anderen ist für uns klar, in diesem Jahr nicht an der Vorbereitung einer großen Westdemo teilzunehmen, zumal diese von K-Gruppen-Imitationen dominiert wird, deren einzig verbindendes Moment eine psychotisch bestimmte Abgrenzungsmanie zu den Autonomen zu sein scheint.
Für uns steht dieses Jahr die Vorbereitung eines Kiezfestes im Mittelpunkt der Aktivitäten. Eine Diskussion in gemischten Zusammenhängen können wir uns nur punktuell und nicht mit allen Scenemenschen in Westberlin vorstellen.

indiesemSinne 1.MAI - DER OSTEN WIRD FREI

Aufruf des Zusammenschlusses autonomer TierrechtlerInnen

AUF ZU NEUEN UFERN

Die Autonomen befänden sich "in der Krise". Ihr Zustand sei von "Orientierungslosigkeit und Demobilisierung" gekennzeichnet, wird von allen Seiten behauptet. Dieser Eindruck kann entstehen, weil wir nach außen nicht mehr so massiv wahrnehmbar sind. Stattdessen hat in den letzten Jahren ein Diskussionsprozeß eingesetzt. Die Öffnung einer neuen Perspektive, Unterdrückungsverhältnisse zu beschreiben, bedeutet aber auch einen wichtigen Schritt nach vorn auf dem Weg, die bestehenden Verhältnisse revolutionieren zu können. Und darin drückt sich für uns ein Gewinn aus, aus dem wir neue Kraft ziehen.

Ein wesentlicher Punkt in diesem Prozeß war es für uns Autonome, zu erkennen, daß es einen gemeinsamen, alle Widersprüche überdeckenden Feind, wie er aus der Perspektive von Haupt- und Nebenwidersprüchen beschrieben worden ist, so nicht gibt. Es gibt nicht den Hauptwiderspruch Kapital - Arbeit. Unterdrückungsverhältnisse ziehen sich quer durch die Gesellschaft und auch quer durch die Linke. Rassismen und Sexismen können nicht einfach einem Hauptwiderspruch untergeordnet werden.

Es ist uns wichtig, die Vielzahl aller vorhandenen Ausbeutungsverhältnisse als miteinander verflochten zu begreifen und auf gleicher Ebene zu bekämpfen - auch in unseren eigenen Beziehungen anderen Menschen, Tieren, Pflanzen und der Natur gegenüber.

Der 1. Mai kann Ausdruck der Vielfalt aller Kämpfe sein, die sich an konkreten Widersprüchen entfalten. Ob Vergewaltigung und sexuelle Ausbeutung, ob rassistische Morde oder imperialistische Ausrottungspolitik, ob Lebensraumvernichtung, ökologische Katastrophen, Massentierhalting, Tierversuche oder Gentechnologie. Am 1. Mai können all die zusammen auf die Straße gehen,

- die für eine Gesellschaft kämpfen, die nicht von Besitz und Macht geprägt ist;
- die versuchen, selbstbestimmt, eigenverantwortlich und ohne Hierarchien für ihre und die Interessen derer einzutreten, mit denen sie zusammen kämpfen oder die sich selbst nicht artikulieren können;
- die versuchen, mit ihrem einfühlsamen Leben der Verwertungs- und Vernichtungslogik der herrschenden Verhältnisse eine lebendige, gemeinschaftliche und verantwortungsvolle Alternative entgegenzustellen.

Wir wollen am diesjährigen 1. Mai das Spektrum der Kämpfe um Befreiung und Selbstbestimmung um den Kampf für die Rechte der Tiere erweitern. Denn auch Tierrechte zählen bislang zu den Kämpfen, die hier kaum oder gar keine Beachtung finden. Dabei sind viele Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse von Menschen direkt oder indirekt mit Gewalt und Grausamkeit gegenüber Tieren verknüpft.

Freiheit und Selbstbestimmung ist nicht auf dem Boden gequälter oder ermordeter Tiere zu erreichen. Zur Utopie eines selbstbestimmten Lebens gehört die Befreiung der Tiere von der Herrschaft des Menschen.

Tiere werden in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht einfach nur diskriminiert, sondern systematisch ausgebeutet und vernichtet. Ihnen wird die Vernunft und sogar die Fähigkeit, Gefühle wie Schmerz oder Trauer zu empfinden, abgesprochen. Sie werden als frei verfügbare Ressource, als Maschine, als Material, als Eigentum angesehen.-

Um Futter in Fleisch, Milch oder Eier umzuwandeln, werden sie ihrer Freiheit beraubt und müssen ein Leben in engen Holz-, Betonboxen oder Metallkäfigen verbringen. Damit sie nach kapitalistischen Verwertungskriterien noch mehr ausgebeutet werden können, werden sie gentechnisch manipuliert und als Patent angemeldet. Sie werden hinter den verschlossenen Türen der Labore als Meßfühler für Wissenschaft und Forschung mißbraucht. Kein Tier verläßt lebendig ein Labor , es sei denn es wird von dort befreit. Sie müssen als Zielscheiben herhalten, wenn Menschen ihrem Jagdfieber und Vernichtungsdrang nachgehen. Sie werden als Sportgeräte mißbraucht. Damit Menschen sich mit ihrem Pelz oder Leder schmücken können, wird ihnen das Fell über die Ohren gezogen. Zur Belustigung müssen sie in Zirkus und Delphinarien blödsinnige Kunststücke vorführen, zu denen sie u.a. mit Nahrungsentzug gezwungen werden. Sie werden in Zoos (als letzte ihrer Art) eingesperrt, weil Menschen ihren natürlichen Lebensraum zerstören. Sie werden als Schädlinge bezeichnet und mit chemischen Waffen bekämpft.

Der gewalttätige Umgang mit Tieren hat aber nicht nur erhebliche Leiden für die betroffenen Tiere zur Folge, sondern eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Z.B. sind zahlreiche sog. Zivilisationskrankheiten das Ergebnis eines unverhältnismäßigen Konsums tierischer Nahrung.- Der Hunger in den Ländern zahlreicher sog. Entwicklungsländer entsteht u.a. dadurch, daß die dort angebauten pflanzlichen Nahrungsgüter in den reichen Industrieländern an die Tiere verfüttert werden. - Tierversuche z.B. für Lebensmittelzusatzstoffe täuschen eine Gefahrlosigkeit und Nützlichkeit vor. Im Tierversuch entwickelte Medikamente und Impfstoffe sind zumeist Auslöser starker Nebenwirkungen und enden nicht selten mit Tod der PatientInnen. Die Ergebnisse lassen sich ohnehin nicht übertragen. - Die etablierte Medizin krankt an einer umfassenden Irrtumslehre. Tier und Mensch werden als Maschine betrachtet und behandelt, bei der wie bei einem technischen Schaden die Einzelteile repariert werden.

Das Verhältnis der Menschen zu den Tieren ist Ausdruck und Endpunkt der prinzipiell gleichen zerstörerischen materialistischen, hierarchischen und egoistischen Denkweise, so wie sie sich beim Rassismus und Sexismus verinnerlicht hat.

Nur im ständigen Hinterfragen, im Zerfleddern von Überholtem, im Aufgeben von Gewohnheiten, im Dazulernen und Sich-neu-bestimmen liegt die Perspektive die Verhältnisse und sich zu revolutionieren: Auf zu neuen Ufern!

FÜR DIE BEFREIUNG VON MENSCH UND TIER!

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KÄFIGE UND KNÄSTE!

Zusammenschluß autonomer TierrechtlerInnen



Heraus zum revolutionären 1. Mai

Demonstration 13.00 Uhr Oranienplatz

Kontakt über: R.A.T. (Radikale antipatriarchale TierrechtlerInnen), Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

V.i.S.d.P.: Kermit DerFrosch, Sesamstr. 36, W-1000 Berlin 12

Dokumentation: zum Anschlag aufs Grundbuchamt Barby

Wider die Junker!

Im Schloß Barby an der Elbe werden die abgeschlossenen Grundbücher, einschließlich der Akten aus der ehemaligen DDR gelagert. Diese Grundbücher sind die Dokumente der Enteignung, die zwischen 1945 und 1949 von den Sowjets durchgeführt wurden. Mehrere Millionen Hektar Junkerland und Großgrundbesitz gingen in Volkseigentum über. Die Enteignungen richteten sich gegen eine wesentliche Stütze des Nationalsozialismus in Deutschland.

Darüber hinaus lagern in Barby auch die Akten, die die „Arisierung" jüdischen Besitzes während der Nazizeit dokumentieren. Diese Akten waren für uns ein großes Problem, und es stand in Frage, ob wir die Aktion durchführen können. Wir haben es trotzdem gemacht, weil wir jede Form des Privateigentums ablehnen. Das Leid, das die Opfer des Faschismus erfahren haben, läßt sich im Grunde nicht mit Geld entschädigen. Daß heute statt den Opfern das Land wieder Junkern und Nazis zugestanden wird, rechtfertigt den Versuch, das Schloß samt allen Grundbüchern niederzubrennen, auch wenn sich das ungünstig für einzelne auswirken könnte.

Damit stellen wir in keiner Weise die berechtigten Ansprüche der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Nachfahren in Frage und unterstützen die Forderungen mit Nachdruck. Dabei geht es uns allerdings darum, daß nicht die Menschen, die jetzt in den Häusern leben, in den Fabriken oder auf dem Land arbeiten, die Zeche zahlen müssen, sondern die Bundesregierung und die großen Konzerne als Profiteure des 2. Weltkrieges.

Wir sagen ganz klar, alle Opfer des Faschismus müssen entschädigt werden: WiderstandskämpferInnen jedes politischen Hintergrundes, die ZwangsarbeiterInnen aus allen europäischen Ländern, Roma und Sinti, jüdische Menschen, Schwule und Lesben und die Menschen, die als „asozial" galten, weil sie in den unterschiedlichsten Arten und Weisen nicht in den faschistischen Staat paßten. Mit ihrem Leben und Sterben wurden Milliarden an Profiten gemacht. Die Konzerne, Großgrundbesitzer und Großbauern, die davon profitiert haben, sollen auch die notwendigen Entschädigungen bezahlen. Millionen von Opfern haben bis heute keine Entschädigung erhalten. (...) Da wir gegen jede Form von Privateigentum an Häusern, Land und Fabriken sind, sprechen wir uns auch gegen das bürgerliche Erbrecht aus. Deshalb sollen die berechtigten Ansprüche der Opfer bzw. Nachkommen nicht mit Häusern und Land beglichen werden, sondern in einer gerechten Ausgleichszahlung, so daß niemand von ihnen in Not und Armut leben muß.

Zum anderen lagern in Barby auch die Unterlagen über enteignete Grundstücke und Häuser von Menschen, die die DDR verlassen haben. In der Regel haben sie von der Bundesregierung ohne größere Schwierigkeiten Entschädigungszahlungen erhalten, im Unterschied zu den Opfern des Nationalsozialismus. Es gab sicherlich die verschiedensten Gründe, die DDR zu verlassen, und wir sind es nicht, die darüber urteilen. Da wir von den Entschädigungen der Bundesregierungen wissen, sind diese Unterlagen kein Problem. Alles in allem kann man sagen, daß in diesen Büchern mehr als die halbe DDR ruhte.

Mittlerweile sind etliche Enteignungen durch Restitutionsansprüche wieder rückgängig gemacht worden. 1,2 Millionen Anträge liegen vor, davon liegen allein 80 Prozent der gebrauchten Dokumente in Barby. Nach dem Einigungsvertrag sollte der zwischen 1945 und 1949 enteignete Besitz bei Bund und Ländern bleiben. Die Sowjetunion setzte im „4 + 2"-Vertragswerk durch, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden konnte. Durch ein Junkerförderungsprogramm, bei dem die Treuhand die Richtlinien festgelegt hatte, wird der ostelbische Adel jedoch bevorzugt. Wenn die ehemaligen Junker oder ihre Nachkommen bis zu 160 ha Land wiederbewirtschaften wollen, dann erhalten sie ein Vorkaufsrecht. Der Zinsdienst ist dabei so niedrig, daß er geringen Pachtkosten gleichkommt.

Die noch vorhandenen LPGs und die BäuerInnen, die das Land jetzt bewirtschaften, haben das Nachsehen. Über diesen Weg wurde die Bodenreform der Sowjets auf kaltem Weg rückgängig gemacht, ohne daß sich die Bundesregierung eines Vertragsbruchs schuldig gemacht hat. Auch der Umgang mit der Liste III (sie regelt die Überführung in Volkseigentum und wurde erst 1949 im Gesetzblatt der DDR verkündet) bildet keine Ausnahme bei der Handhabung. In diesem Fall sollen die Immobilien an die ehemaligen EigentümerInnen zurückgegeben werden. Durch diese Maßnahmen kommen die alten Mächte wieder zur ihrem Reichtum, auch in dem Teil Deutschlands, wo es ihnen 40 Jahre lang verwehrt worden ist. Das sind z.B. das Haus Hohenzollern und die Hermann-Göring-Erben: die Preussag AG. (...)

Die Möglichkeiten, sich Eigentum an Grund und Boden, Immobilien und Produktionsmitteln zu beschaffen, ist eines der wesentlichen Grundübel dieser Gesellschaft. Wir wollen, daß niemand Profit machen kann und von der Arbeit anderer lebt, und wir bekämpfen, daß es möglich ist, aufgrund von Eigentum Macht über andere ausüben zu können. Land steht den Menschen zu, die es kollektiv bewirtschaften. Über Wohnraum sollen die entscheiden, die drin wohnen, egal ob es Haus, Dorf oder Straßengemeinschaften sind. (...) Bei privilegiertem Wohnraum, wie Villen oder Seegrundstücken, sollte ein Rotationsprinzip gelten oder benachteiligten und erholungsbedürftigen Menschen zustehen.

Wir hoffen, daß wir mit unserer Aktion an einer der wichtigstens Grundfesseln dieser Gesellschaft, dem Eigentum, gerüttelt haben. Und daß durch die verbrannten Grundbücher und dem daraus entstandenen Chaos vielleicht kleine Chancen von Freiräumen und Zeit entstanden sind. Nutzt sie! Durch die Grundbüchervernichtung versuchen wir dem weiteren Rollback, der weiteren Vermögensumverteilung zugunsten der wenigen Reichen endlich noch einen Riegel vorzuschieben. Wir hatten die Hoffnung, daß sich in der DDR mehr Widerstand gegen die kapitalistische Vereinnahmung bildet, daß sich die Menschen dort die guten Seiten dieses Landes nicht so einfach nehmen lassen, wissen aber gleichzeitig aus unseren Erfahrungen, wie schwer das ist.

Wir haben nicht gerade zu den Fans des real existierenden Sozialismus gehört, zu spießig, kleinbürgerlich und verlogen erschien uns dieser Weg. Trotzdem sind wir in der Lage zu sehen, daß es in diesem Land für die Altfaschisten nicht möglich war, ihre Macht ungebrochen fortzusetzen, und wir sehen, daß es ein Versuch war, der bessere Teil Deutschland zu sein. Das ist nicht gelungen. Aus unseren Erfahrungen wissen wir allerdings, wie menschenunwürdig das kapitalistische, patriarchale System der BRD ist. Wer die Macht hat und wie diese auf Kosten der Menschen hier und in den Ländern der drei Kontinente immer größer und brutaler wird. Wie die gleichen Strukturen, die gleichen Machtverhältnisse, wie die des Faschismus, wieder an Einfluß und Profit gewinnen. Und mit der Einvernahme der ehemaligen DDR werden wenige noch reicher und viele immer ärmer, und das gerade östlich der Elbe. Diese Aktion ist nicht viel mehr als ein Schrei in der Wüste, denn wir haben die Hoffnung auf eine emanzipatorische, soziale Gegenmacht von unten noch lange nicht aufgegeben.

Ostelbische autonome Gruppe

leicht gekürzte Fassung

Drohungen gegen Abgeordnete

Befürworter des neuen Asylrechts werden massiv bedrängt

Von unserem Korrespondenten Holger Wuchold

Bonn. Autonome Gruppen setzen massiv Bundestagsabgeordnete unter Druck, die für eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz plädieren. Selbst vor Gewalt schrecken sie offensichtlich nicht zurück.

So wurden die Privatwohnungen der SPD-Abgeordneten Karsten Voigt und Eike Ebert mit Parolen beschmiert, auch Fensterscheiben wurden eingeworfen. Bei den Fraktionsgeschäftsführern von Union und SPD gingen unterdessen Drohbriefe ein, die nach Einschätzung von Sicherheitsexperten aus der „Anarcho-Szene" stammen. Ziel der Aktionen: Die für Ende Mai erwartete Abstimmung über den neuen Asyl-Artikel zu verhindern.

In einem Drohbrief an die „Lieben Volksvertreter", der der Berliner Zeitung vorliegt, heißt es. „Namentliche Abstimmung habt Ihr ja freundlicherweise anberaumt. Das erleichtert uns die Sache wesentlich." Und: „Eure Bonzenzentralen (Parteibüros) sollten am besten gleich in den Regierungsbunker in der Eifel verlegt werden. Da wissen wir noch nicht, wie wir reinkommen."

Der Sprecher der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe, Förster, erklärte: „Wir nehmen die Sache sehr ernst." Der Generalbundesanwalt hat inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen „Nötigung eines Verfassungsorgans" eingeleitet.

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) richtete einen Arbeitsstab ein, der alle Hinweise auf Drohungen und Störungen sammeln und bewerten soll. Der Arbeitsstab arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern zusammen.

Der Asylrechtsexperte Dieter Wiefelspütz (SPD) ist zuversichtlich, daß die Asylrechtsreform zum 1. Juli in Kraft treten kann. Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) trat dafür ein, auch außereuropäische Staaten wie etwa Indien und Ghana als sichere Herkunftsländer einzustufen. Bei diesen beiden Ländern liegt die Anerkennungsquote bei Null.

Weiterhin freundlich und warm

WETTERLAGE: Zwischen einem ortsfesten Tiefdruckgebiet über Südwesteuropa und hohem Luftdruck über Osteuropa fließt weiterhin trockene und sehr warme Festlandsluft mit einer südöstlichen Strömung nach Deutschland.

...gerufen. ...haben unter ... Arbeitslo-... Traditionen fest: Die Szene demonstriert um 13 Uhr auf dem Oranienplatz. Auch Kreuzberg hält an

Autonome Gruppe bekennt sich zum Barby-Anschlag

Magdeburg. Reuter/dpa

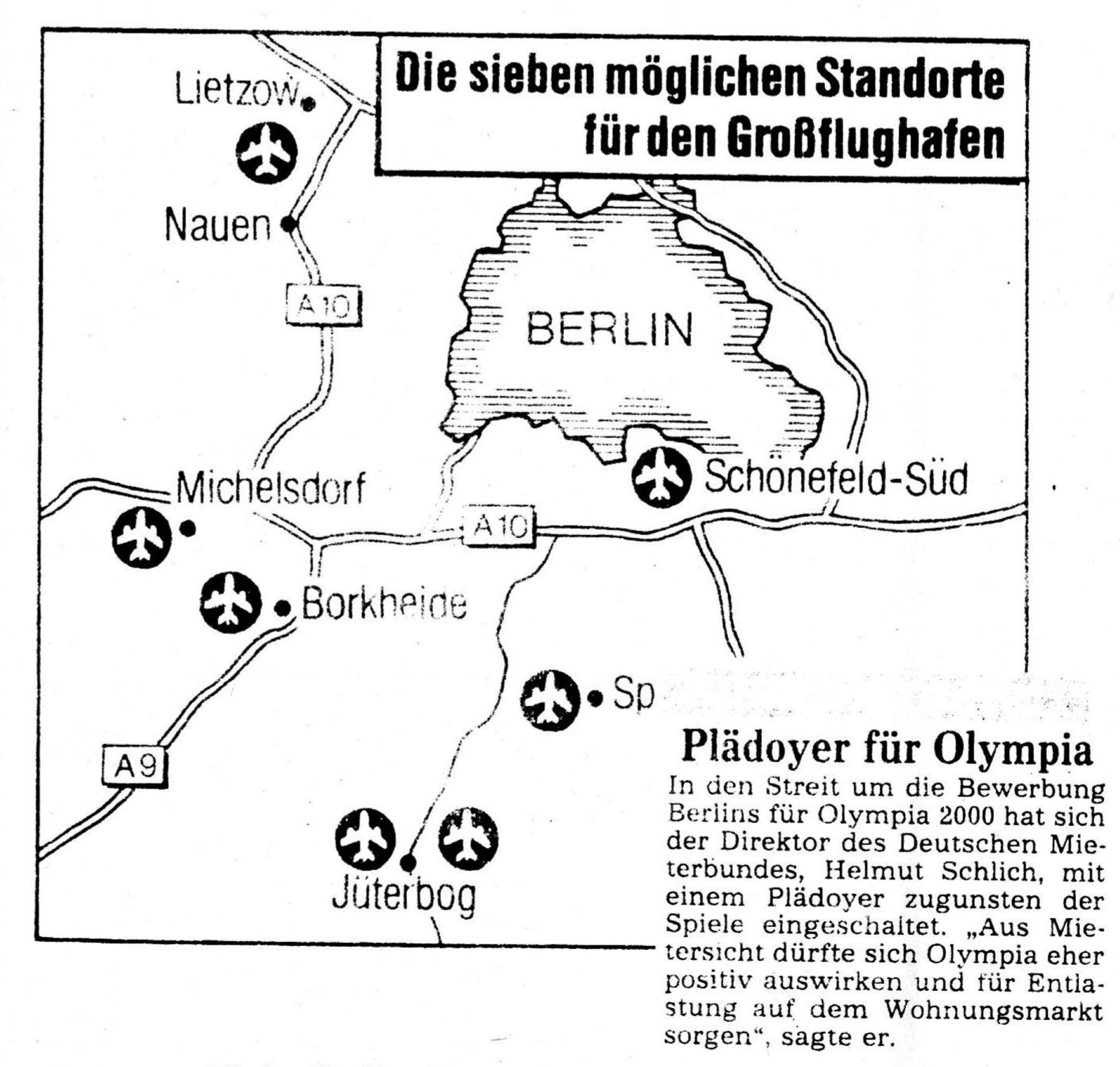
Eine bisher unbekannte „ostelbische autonome Gruppe" hat die Verantwortung für den Brandanschlag auf das Grundbucharchiv für die ostdeutschen Länder in Barby bei Magdeburg übernommen. Die Gruppe habe den Anschlag verübt, weil sie jede Form des Privateigentums ablehne, heißt es in Bekennerschreiben, die bei verschiedenen Nachrichtenagenturen eingingen.

Das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt nimmt das Papier ernst. Die Untersuchungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen, sagte LKA-Sprecher Peter Dunsch auf Anfrage. Unterdessen ermittelt die Magdeburger Staatsanwaltschaft auch zum Tatbestand einer terroristischen Vereinigung. Bei dem Brandanschlag war am Sonntag eine noch unbestimmte Zahl von Akten vernichtet worden.

Unter Hinweis auf Rückübertragungsansprüche auf zwischen 1945 und 1949 enteignetes Land heißt es in dem Bekennerschreiben: „Daß heute statt den Opfern das Land wieder Junkern und Nazis zugestanden wird, rechtfertigt den Versuch, das Schloß samt allen Grundbüchern niederzubrennen, auch wenn sich das ungünstig für einzelne auswirken könnte."

Unterdessen gab es auch gestern noch keine vollständige Übersicht über die vernichteten und schwer beschädigten Akten. Wenn diese Übersicht vorliege, würden die betroffenen Landkreise, Städte und Gemeinden sofort informiert, sagte Justizministeriumssprecher Thomas Ahrens. Von Anfragen sollte abgesehen werden.

In Barby haben inzwischen die Vorbereitungen zum Abtransport der vom Brand in Mitleidenschaft gezogenen und seitdem auf dem Schloßhof provisorisch in Zelten untergebrachten Akten begonnen. Sie sollen Ahrens zufolge „mit Hochdruck im Mehrschichtbetrieb" von einer Spezialfirma aus Brandenburg auf Mikrofilme aufgenommen werden, um den Inhalt der vom Zerfall bedrohten Akten zu retten.



Plädoyer für Olympia

In den Streit um die Bewerbung Berlins für Olympia 2000 hat sich der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Helmut Schlich, mit einem Plädoyer zugunsten der Spiele eingeschaltet. „Aus Mietersicht dürfte sich Olympia eher positiv auswirken und für Entlastung auf dem Wohnungsmarkt sorgen", sagte er.

Kein Polizeistaat

Durch einen Übertragungsfehler wurde der innenpolitische Sprecher der SPD, Hans-Georg Lorenz, gestern falsch zitiert. Er sprach nicht von einem „Polizeistaat". Das richtige Zitat heißt: „Im Polizeistab sind nur noch windschnittige Leute, über die der Innensenator Zugriff auf die Polizei hat." **eb**

VOLXSPORT OLDENBURG

Wir haben uns in der Nacht vom 22. auf den 23.April erlaubt, ein Stück Zaun vom Fliegerhorst Oldenburg abzubauen. Seit Anfang April steht fest, daß Flüchtlinge in Gebäuden des Fliegerhorstes untergebracht werden. Wir halten es für ein menschenverachtendes Gebaren, eingezäunte Kasernen zur Unterbringung von Flüchtlingen zu benutzen. Weil wir sehr gut wissen, daß diese Menschenverachtung Teil der offiziellen Asylpolitik ist, haben wir versucht, den Flüchtlingen wenigstens den ungehinderten Zu- und Fortgang zu und aus dem Lager zu verschaffen. Wir haben das Stück Zaun entfernt, noch bevor Flüchtlinge dort kaserniert sind, weil wir sie auf diese Art begrüßen wollten, ohne bedrohlich auf sie zu wirken. Jede undurchsichtige Aktion hätte hingegen für die Flüchtlinge einen bedrohlichen Charakter gehabt.
Wir waren leider zu wenige, um den Zaun komplett und in ruhiger und stetiger Arbeit bei Tag zu zerlegen, aber vielleicht kann unsere Aktion als Alternative zur herrschenden Flüchtlingspolitik ja auch noch auf andere Art und Weise aufgegriffen werden ?!

Warum läßt die Regierung Asylsuchende in Lager unterbringen ?
Nur in Lagern können Flüchtlinge ständig verfügbar gehalten werden für staatliche Verwaltungsstellen, Justiz und Polizei !
Die Abgeschiedenheit der Sammellager und das Zusammenpferchen der Flüchtlinge in bestimmten Gebieten soll der Beschleunigung der Asylverfahren dienen und eine kontrollierte Abschiebung aus Lagern ist einfacher als aus Wohnungen.
Zudem wird durch die Lager-Unterbringung die unabhängige Rechtsberatung und Unterstützung der Flüchtlinge durch AnwältInnen und Initiativen erheblich erschwert.
Durch die Öffentlichmachung dieses Umgangs mit Flüchtlingen in der BRD wird die Abschreckung potentieller Flüchtlinge in den Herkunftsländern bezweckt. Diese ``anreizmildernden Maßnahmen'' sollen erreichen, daß niemand mehr hierher flüchtet.
Neben dieser Form der Abschreckung wird mit der Behandlung der Asylsuchenden deren Degradierung zu Menschen Dritter Klasse betrieben. Derart entrechtet und als``Asylantenflut'' in Lagern eingepfercht bieten die Flüchtlinge die ideale Zielscheibe für den geschürten, ständig vorhandenen Rassismus in dieser Gesellschaft.
Durch die Internierung der Asylsuchenden und die daraus folgende Isolation vom Rest der Bevölkerung wird also eine sachliche Auseinandersetzung derselben mit den Flüchtlingen verhindert.
Stattdessen beherrschen Vorurteile und Emotionen die Debatte um steigende Flüchtlingszahlen, das ``Asylrecht'' etc.

Der Oldenburger Fliegerhorst, auf dem jene Flieger stationiert sind, die jahrelang die kurdische Bevölkerung gemeinsam mit der türkischen Armee bekämpft haben, soll nun als Flüchtlingsunterkunft unter anderem für kurdische Flüchtlinge dienen !
Die Unterbringung von Flüchtlingen in Kasernengebäuden des Fliegerhorstes bei laufendem Flugbetrieb ist für uns nur ein drastisches Beispiel für die menschenverachtende Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern generell.

Keine Menschen in Lager !
Offene Grenzen und Bleiberecht für ALLE !

BÜRO FÜR EINSCHNEIDENDE MAßNAHMEN

Der SPD-Aufsteiger und MdB Carsten Voigt, der als Ex-Jusochef im den siebzigern in Frankfurt noch die damals von den Jusos formulierte Akzeptanz bis Unterstützung der sogenannten "begrenzten Regelverletzung" mitvertrat, die z.B. die Legitimität von Hausbesetzungen miteinschloß , hat solch gewagte Jugendsünden längst hinter sich gelassen. Der damals wohl auch für Jusos noch etwas progressivere Zeitgeist ist längst verweht, Voigt ist mit der Zeit gegangen und inzwischen, gut fünfzigjährig, fest in der SPD etabliert. War er 1969-73 noch Bundesjusovorsitzender, so ist er seit Mitte der achtziger Mitglied des SPD'Parteivorstandes u. und heute außenpolitischer Experte der SPD.

Voigt träumt von einem entsprechenden Ministerposten unter einer SPD-regierten BRD nach dennächsten Bundestagswahlen. Konsequenterweise ist er einer der SPD-Befürworterder Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch die geplante Änderung des Art. 16 GG.

Voigt, der das sogenannte Asylproblem inzwischen als gelöst ansehen mag, muß sich nun mit dem Problem der Haus- bzw. Büroreinigung vertraut machen. Wir wollten ihm die Freude über die durchgepeitschte Abschaffung des Asylrechts, mit der die SPD sich zunächst dem nächsten Wahlsieg und er entsprechend seinem Ministersessel etwas näher wähnen durften, ein wenig vermiesen. Buttersäure aus seiner Wohnung, bzw. seinem Büro-interieur zu entfernen wird ihm vermutlich schwerer fallen, als es ihm fiel, dafür zu sorgen, daß wieder einmal der als Xenophobie (Fremdenfurcht) verhamloste Rassismus der Deutschen, der in der Entfernung der Fremden seineLösung suchte, mit der Eliminierung des Asylrechts manifest wurde. Mit diesem Schritt wurden einmal mehr die rassistischen TäterInnen belohnt und bestärkt, und die MigrantInnen, die rassistischer Anmache und Anschlägen ausgesetzt sind, verhöhnt und bestraft.

Der Artikel 16 GG ist ja nun als solcher keineswegs wert, ihn zu verteidigen, schloß er doch Frauen und frauenspezifische Fluchtgründe ohnehin aus. Er ermöglichte es jedoch einem kleinen Teil der weltweiten Flüchtlinge, ihn zu benutzen, um in die BRD zu kommen, bzw. hier bleiben zu können.
Es kann also nicht darum gehen, für den Erhalt des Art. 16 GG zu kämpfen, sondern allenfalls für dessen Ausweitung!

FRAUENVOLXSPORT FFM

Der Art. 16 GG ist eher insofern erwähnenswert, als mit seiner Änderung ein weiterer wichtiger Schritt aus dem Schatten der deutschen NS-Geschichte gegangen werden soll.

So unverhältnismäßig unser Buttersäureattentätchen auf Voigts Wohnung in der Eysseneckstr. 42 auch erscheinen mag, angesichts der elenden Konsequenzen, die die Bonner Politik für tausende Flüchtlinge bedeuten: Es soll doch dafür stehen, daß es möglich ist, die rassistischen BrandstifterInnen beim Namen zu nennen und sie aus ihrer Anonymität zu zerren. Wir werden weiter versuchen, gegen sie anzustinken!!

Gegen den Rassismus von oben und unten!!
Grenezn auf und Bleiberecht für alle Flüchtlinge
Für ein von Männern unabhängiges Bleiberecht für Frauen!

zornige Stänkerinnen

Betr.: Nolympic

Hallo,
eine Möglichkeit Olympia für die Herrschenden zu verteuern, ist kostenloses Werbematerial bei der IHK als Firma zu bestellen. Sie sind recht großzügig. Wir haben etwa 2,5 Kg schicke Aufkleber und Werbebroschüren bekommen, die wir dem Dualen System zugeführt haben.

Erfolgsbarometer der IHK-Olympia-Initiative

NOLYMPIC NOLYMPIC NOLYMPIC NOLYMPIC NOLYMPIC NOLYMPIC

OLYMPIA 2000, MILITANZ UND POLITISCHE VERANTWORTUNG

Eine angenehme Überraschung in den Tagen vor und während des IOC-Besuchs war eine breite Palette von effektiven militanten Aktionen gegen die Olympia-Mafia und ihre Machenschaften. Der Einfallsreichtum und die Hartnäckigkeit der OlympiagegnerInnen waren unermüdlich.

Die Plakatkolonnen der Olympia GmbH kamen der Ersetzung von abgerissenen und in unserem Sinne umgestalteten Plakaten nicht hinterher. Die durchschnittliche Lebensdauer von Olympia 2000 Fahnen betrug keine 24 Stunden, wobei sogar ganze Fahnenmasten mitverschwunden sein sollen. Die kostenlose Verteilung von Pro-Olympia-Aufklebern an Autoinhaberinnen resultierte in einem phänomenalen Aufschwung an Lackschäden und platten Reifen in der Stadt. Die Olympia-Sponsoren haben eine Reihe von verklebten Schlössern, kaputten Fenstern, beschädigten und ausgebrannten Fahrzeugen zu beklagen, hinzu kommen noch zwei verregnete Abteilungen von Berliner Kaufhäusern.

Die Regierung beschloß - trotz Sonderkomission des LKA, 4000 Bullen und ihrer berühmt berüchtigen Liste von 217 Namen des harten Kernes der OlympiagegnerInnen - eine Strategie des potemkischen Dorfes um das Hotel Kempinski herum. Höchstens in dem Quadratkilometer herrschte die Bewerbungsstimmung, die der Senat sich wünschte. Vielleicht hätten wir uns doch trauen sollen auch diese letzte Bastion anzugreifen.

Soweit so gut. Leider sind uns aber doch ein paar Pannen unterlaufen, die auch angesprochen werden müssen. Am Abend des 18. April soll im Prenzlauer Berg eine Berliner Bank (Schönhauser Allee?) mit einem Molli durchs Fenster angegriffen worden sein. Eine ausgebrannte Bank ist sicherlich immer eine gute Sache, nur dann nicht, wenn sie sich in einem Wohnhaus befindet. Es lag eine gewisse Logik dahinter: Da eine Bullenwache eine Minute entfernt liegt, würde der Brand rechtzeitig gelöscht, so daß niemand zu Schaden käme. Leider mußten schon andere (z.B. IRA und ETA) die bittere Erfahrung machen, daß der Staat den Tod von Menschen bewußt in Kauf nimmt, um gerade Linke als blutrünstig diskreditieren zu können. Das Gegenteil zu denken wäre naiv. Weiterhin sind sogar Polizei und Feuerwehr gelegentlich erstaunlich inkompetent und kommen zu spät. Es muß uns allen klar sein, daß keine Aktion, so toll sie auch sein mag, das Leben eines unschuldigen Menschen wert ist. Dies widerspricht jeglicher revolutionären Moral und raubt die poltische Glaubwürdigkeit.

Bei der Demo am Samstag sind Fenster eines Steakhauses mit einer Metallstange eingeschmissen worden. Warum ist unklar. Es wurde offensichtlich nicht darauf geachtet, daß Menschen hinter der Scheibe saßen, die das Glas ins Gesicht gekriegt haben. So werden wir die Köpfe und Herzen der Menschen nicht gewinnen - bestens verletzen. Erst gucken, dann werfen. Und in solchen Situationen sind wir nicht nur für unsere eigenen Handlungen verantwortlich, sondern auch für die unserer KampfgefährtInnen.

Wir sehen uns beim Samaranch-Besuch!

NOLYMPIC

Pressemitteilung über die Ereignisse während des Besuches der IOC - Delegation in Rostock am 18.04.1993

Aufgrund von Informationen, daß das IOC am 18.04.93 den Yachthafen in Rostock - Warnemünde besichtigen wollte, trafen sich Rostocker OlympiagegnerInnen, um präsent zu sein. Sie wollten erneut auf die Problematik der Rostocker Olympiabewerbung aufmerksam machen. Unter dem Motto " Gegen ein Olymia der Reichen - Volkssport für alle " sollten wesentliche Kritikpunkte in Anwesenheit der IOC - Mitglieder noch einmal benannt werden. Die DemonstrantInnen begaben sich zum Neptun - Hotel und versammelten sich in der Empfangshalle.
Unter Androhung von Anzeigen wegen Hausfriedensbruch verließen die Olympia-gegnerInnen das Hotel und protestierten unter den Fenstern des Veranstaltungsraumes weiter. Das Gebiet um das Hotel war von einem Großaufgebot von Zivilpolizei überwacht worden. Dann wurden die Kräfte des Schweriner BGS zusammengezogen. Nachdem die DemonstrantInnen der Aufforderung, den Platz zu verlassen, nicht Folge leisteten, um von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen, griff der BGS gewaltsam unter - maßgeblicher Beteiligung der Zivilbeamten die DemonstrantInnen an. Gerade Zivilpolizisten schlugen auf die Protestierenden ein und knebelten einige von ihnen mit den Worten:" Jetzt werden wir euch zusammenhauen, ihr Scheiß-Linken!" Ein Polizist äußerte, er sei stolz darauf, ein Nazi zu sein. Daraufhin schlug er zu.
Es kam zu 13 Festnahmen. Alle wurden nach 2 Stunden wieder freigelassen, ohne daß ihnen ein konkreter Tatvorwurf gemacht werden konnte.
Es hat den Anschein, daß gerade in Rostock nur wenige Menschen konkrete Vorstellungen von den Auswirkungen von Olympia 2000 haben.
Wir fordern deshalb die Veröffentlichung des detaillierten Konzeptes.

Die Anti - Olympioniken behalten sich weitere vielfältige Aktionen vor.

Gedächtnisprotokoll zu den Ereignissen in Warnemünde vom 18.4.93

Anläßlich des Besuches des IOC in Rostock zur Begutachtung des Segelreviers Warnemünde versammelten sich rd. 20 Leute vor dem Neptun Hotel. Mit dieser Aktion wollten wir auf die Argumente gegen Olympia in Rostock aufmerksam machen.
Gegen 16.00 Uhr gingen wir in die Eingangshalle des Hotels und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Volkssport statt Olympia" und skandierten lautstark unsere Parolen.
Vor der Seitentür zur Treppe in die 1. Etage wurden wir von Zivilbeamten zurückgedrängt, die teilweise auch handgreiflich wurden. Gegen 16.05 Uhr sprach der Chef des Hotels mit uns und forderte uns auf das Haus zu verlassen, was wir dann auch taten. Mittlerweile war auch die Presse anwesend.
Unter dem Sitzungssaal protestierten wir weiter gegen Olympia und das IOC. Vor Ort waren bis jetzt nur ein Sixpack der Schweriner Bereitschaftspolizei. Gegen 16.10 Uhr fuhren dann zwei Wannen BGS und ein Sixpack aus Schwerin vor.
Der Einsatzleiter erteilte uns einen Platzverweis, was wir aber mit dem Recht auf freie Meinungsäusserung und der Spontandemo zurückwiesen. Die Beamten fingen an uns zurückzudrängen und uns das Transparent zu entreissen. Während dessen ging von uns keinerlei Gewalt aus. Plötzlich reihten sich in die Polizeikette mehrere Bodygards? und Zivilbeamte ein, die mit den Worten "Ich bin stolz ein Nazi zu sein" und "Jetzt kriegen wir Euch ihr Zecken" anfingen auf uns einzuschlagen, was dann auch die Polizei mitmachte. Als eine Demonstrantin von 4 Zivilbeamten und 1 Zivilbeamtin auf den Boden geschleift und vor den Kopf gestoßen wurde, rannte ich dorthin, um zu helfen und die Beamten aufzufordern, das zu unterlassen. Ich wurde sofort brutal festgenommen und unter Gewaltanwendug in einen roten VW-Kleinbus (HRO T 734) geschleift. Da ich mich passiv und verbal dagegen wehrte, stauchten 2 Zivilbeamte mir den Daumen, zogen mir eine Plastikfessel um das linke Handgelenk so fest, daß ich noch den Tag darauf dort Schmerzen hatte. Währenddessen druckten sie meinen Kopf fest auf den Schreibtisch im Auto. Während der Fahrt knebelte mich ein Beamter mit meiner Jacke und verdrehte mir den Arm, der andere zog ständig die Fessel fester, bis die Hand fast bewegungslos war, ohne das ich Widerstand leistete.
Das war gegen 16.20 Uhr. Um 16.45 Uhr kam ich zusammen mit vier weiteren Festgenommenen in der Gesa an. In der hinter uns fahrenden Wanne befanden sich auch noch 7 Gefangene.
In der Gesa wurden unsere Personalien aufgenommen, teilweise die Sachen durchsucht und abgenommen. Um 18.30 Uhr wurden wir ohne Festnahmebegründung o.a. wieder freigelassen.

Rostock, den 19.04.93

Gedächtnisprotokoll zur Festnahme am 18.04.93

Die BGS-Beamten fingen an auf miese Art uns in die Schienenbeine zu schlagen und zu treten. Auch zu diesem Zeitpunkt verhielten wir uns friedlich. Die Zivilbeamten hielten sich derzeit noch im Hintergrund auf und erst als wir bis zu dem Parkplatz gedrängt wurden begannen ihre Aktivitäten. Sie griffen gezielt Leute aus der Menge heraus, die sich gerade den Gewaltakten der BGS-Beamten entzogen. Ein Schritt nach hinten und zwei von ihnen pakten mich und versuchten mich ins Auto zu schleifen. Ich hielt mich an der Parkplatzschranke fest und machte durch lautes Schreien auf mich aufmerksam. Daraufhin kamen weitere Zivilbeamten und ich erwachte erst aus einer kurzen Bewußtlosigkeit, als sie mich gegen einen Tisch im roten VW-Bus HRO T-734 mit aller Gewalt schmissen.
Während dessen kamen schon einige DemonstrantInnen um die Gefangenen zu befreien, die dann mit Hilfe von BGS-Beamten in den VW-Bus reingestopft und reingezogen wurden. Ein sich wehrender Aktivist wurde solange geknebelt und mit dem Kopf auf den Tisch geschlagen bis er reglos war.
Wir wurden dann (fünf Gefangene) zur Gesa gefahren. Die anderen verhafteten DemonstrantInnen kamen später mit einer BGS-Wanne an.
Ohne konkreten Tatvorwurf wurden wir zwei Stunden festgehalten, kontrolliert und unsere Daten überprüft.
Aber wir waren "leider" nicht die von der Polizei vermuteten Berliner-Chaoten. Wir sind RostockerInnen und dazu noch ***gegen Olympia – HIER und ÜBERALL.***

Rostock, den 19.04.93

Olympia lohnte sich auch finanziell für Los Angeles

Die Olympischen Spiele von Los Angeles im Jahre 1984 waren die ersten, die dem Veranstalter auch einen finanziellen Gewinn brachten. Zwar profitierten zuvor nahezu alle Olympia-Städte von den Spielen direkt durch entstandene materielle Werte wie z. B. neue Sportanlagen, verbesserte Infrastruktur, neue Wohn- und Verkehrsanlagen sowie indirekt durch einen i. d. R. beträchtlichen Imagegewinn, der sich im nachhinein auch positiv in finanzieller Hinsicht auswirkte, einen finanziellen Überschuß aus der Veranstaltung der Olympischen Spiele konnten sie jedoch nicht erzielen. Der nachfolgende Beitrag stimmt auf das 3. Olympia-Forum am 29. April in der IHK Berlin „Gold für die Investoren – die ersten privat finanzierten Spiele 1984 von Los Angeles" ein und untersucht Ursachen und Hintergrund für den Erfolg.

Einladung ... ru...

Se... en u...

...ren,
...r Oly...
...sind be...
...toßen.

...mich deshalb u...
...owie "München ... a-F...
...e- und Handels... ...rfen

RESTAURANT CLUB
IM ALSTERHOF

...lympia-Forum "Gold f... ...e ... - die ersten privat ...nanzierten Spiele 1984 in ...s An...les" findet am Donnerstag, dem 29. April 1993, 18.00 Uhr, in der IHK Berlin, Hardenbergstraße 16 - 18, statt.

Es ist der Kammer gelungen, für dieses Forum

Harry L. Usher, Generalmanager und Finanzchef der Olympischen Spiele von Los Angeles

zu gewinnen.

Mr. Usher wird über Bewerbung sowie Durchführung der Spiele und deren betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung für die Stadt und die Region sprechen.

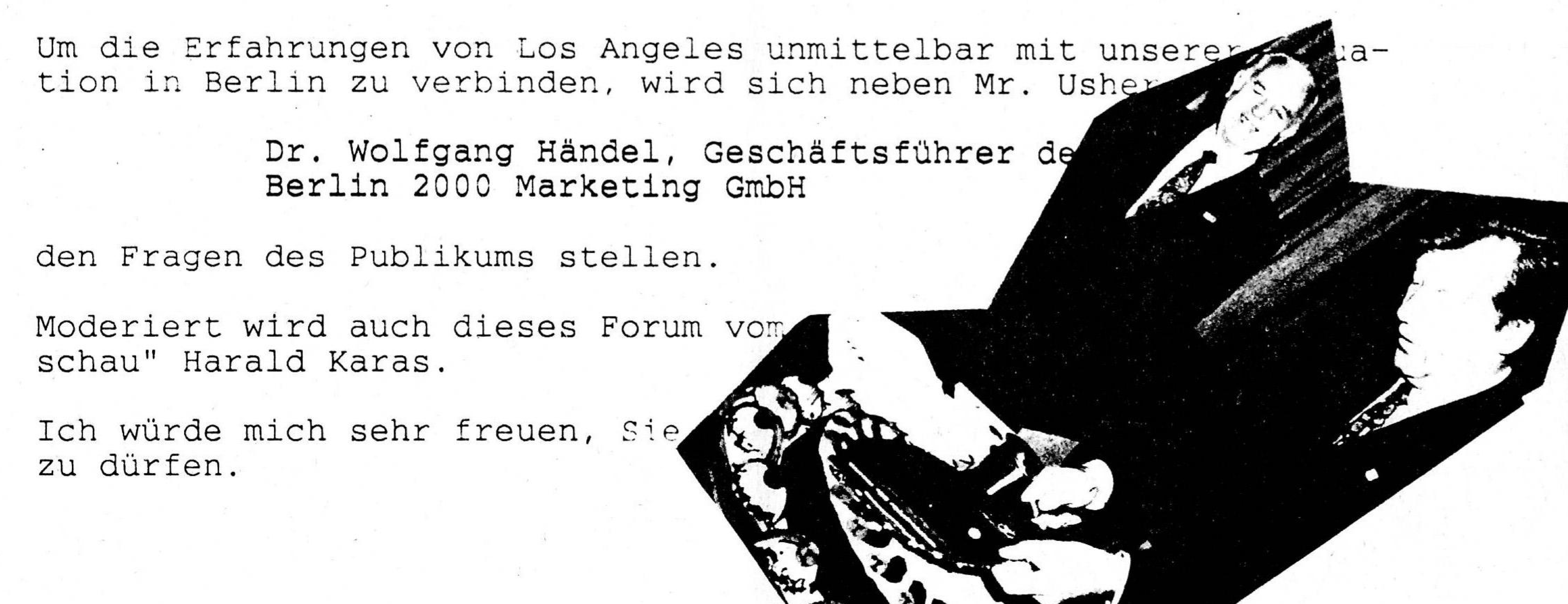
Um die Erfahrungen von Los Angeles unmittelbar mit unsere... ...a-tion in Berlin zu verbinden, wird sich neben Mr. Ushe...

Dr. Wolfgang Händel, Geschäftsführer de...
Berlin 2000 Marketing GmbH

den Fragen des Publikums stellen.

Moderiert wird auch dieses Forum vom ... schau" Harald Karas.

Ich würde mich sehr freuen, Sie ... zu dürfen.



Zu Hitlers 104. wurde beschlossen,
seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen !

TAG Somalia

Nie wieder deutsche Soldaten in aller Welt !

Aktionsdemo gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr

Treffpunkt : Breitscheidplatz (U-Bahnhof Zoologischer Garten)

Zeit : Um 19.00 Uhr am Tag des Abflugs der ersten Kampfeinheiten.

Koordinierung : Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär ; Oranienstr. 25 ; 1-36 ; Tel.: 61500530
Unterstützt vom Neuen Forum

V.i.S.d.P. : Lothar Scholz, Klixstr.2 , 1-51

Betr.: "Tag X" in Bonn

(3. Lesung zur Asylgrundgesetzänderung)

Laut einer Information des "Trägerkreis Aktion Asyl" vom 26.4.93 wird die letzte Lesung zur Grundgesetzänderung des Artikels 16 wahrscheinlich am 13. Mai über die Bühne gehen.

"Der Innenausschuß berät nochmals in Klausurtagung vom 28.-30. April; das ist nun doch zu kapp für die Beratung am 29.4. im Bundestag und Anfang Mai im Bundesrat. *Nächstmöglicher Termin* für **Tag X** ist folglich **Donnerstag**, der **13. Mai**. Darauf haben sich die parlamentarischen Geschäftsführungen auch bereits geeinigt (Bundesrat dann am 28. Mai??). Heute treffen sich nochmals die Fraktionsfuhrungen von CDU/CSU, FDP und SPD. Die SPD (wie sie versichert) wird eine frühere Beschlußfassung nicht mitmachen, spricht eher von einer weiteren Verschiebung auf den 27. Mai (eigentlich reserviert fur Finanzen/ Wirtschaft) oder noch später."

Soweit die Info aus Bonn



GEWALTIGE VERWÜSTUNGEN prägen das Bild im Londoner Bankenviertel.

Bemerkungen zu SOMALIA

Erfreulich, daß ihr in der Agi Nr.62 was zu Somalia gebracht, bzw. zugeschickt bekommen habt, aber einige Anmerkungen zu der unkommentierten Nachrichtenauswahl aus der bürgerlichen Presse scheinen uns angebracht.

Den fürchterlichen "Bürger"krieg in Somalia nur mit Begriffen wie "Rachefeldzug verschiedener Stämme" oder "Kampf um fruchtbares Land" zu charakterisieren, benennt nicht die Verantwortlichen für die Zerrüttung der traditionellen somalischen Gesellschaft: Kolonialismus und Neokolonialismus. Deren sichtbare Folge, eben jener scheinbar völlig irrationale "Bürger"krieg, wurde nun dazu benutzt, die modernste Variante imperialistischer Poltik, die "humatitäre, militärische Intervention, propagandistisch abzusichern.
Der Begriff "Stamm" ist spätestens durch den Gebrauch in der klassischen "Kolonialwissenschaft" Völkerkunde rassistisch besetzt. Die traditionelle somalische Gesellschaft gliedert sich in kleinere und größere Großfamilienverbände, die Clans.
Auch geht es in Somalia nicht darum "fruchtbares Land zu erobern" , wie in dem Artikel zitiert. Es gibt keine Konfrontationslinie entlang der Grenze sesshafte Ackerbauern/nomadisierende Viehzüchter. ~~Die~~ im Zitat angeführte Organisation USC (den ursprünglich nomadischen Hawiye-Clan repräsentierend) ist genauso in einen Aideed- und einen Mahdi-Flügel gespalten,wie die Organisation SDM (den ursprünglich ackerbauenden Rahanwein-Clan repräsentierend).
Für Somalia greifen die traditionellen Begriffe wie "Befreiungsfronten" über den Sturtz von Siad Barre hinaus wenig. Die diversen drei Buchstaben der zahlreichen Organisationen stehen kaum für einen politischen Inhalt oder ein Programm, sondern sind in der traditionellen Clan-Struktur der somalischen Gesellschaft begründet (mal abgesehen davon, daß unser alter - weiß/männlich/ europäischer - Begriff von "Befreiungs"bewegung längst in Frage steht.
Die imperialistische Intervention läßt sich nicht ausreichend mit direkten militärischen und wirtschaftlichen Gründen erklären (Stützpunkte oder Rohstoffe spielen eine untergeordnete Rolle).

Nachdem die Sowietunion kein militärisches Gegengewicht zum imperialistischen Lager mehr ist, sind Kriege wieder führbar geworden.
Das "Gleichgewicht des Schreckens", das früher das direkte imperialistische Eingreifen in jeden regionalen Konflikt durch das Risiko eines Anwachsens zur globalen Auseinandersetzung eindämmte, existiert nicht mehr.
In der ganzen Welt wird ein Vorgehen möglich, wie es bisher nur in der unmittelbaren Einlußsphäre imperialistischer Länder (z.B. "Hinterhof" der USA: Lateinamerika) praktiziert wurde.
In der übrigen Welt wurden seit Vietnam (den Zeiten antikolonialer Befreiungskriege) nur Stellvertreterkriege geführt, bzw. Destabilisierungstrategien betrieben (z.B. der Krieg Iran/Irak oder die Unterstützung pro-imperialistischer Guerillas in Angola und Mocambique).
Nun drohen Somaliaintervention und Golfkrieg wieder ein direktes Eingreifen des Imperialismus jederzeit und an jedem Ort des Trikont an.
Unbrauchbar geworden ist seit dem Verschwinden der SU allerdings die Propagierung der "roten Gefahr" als globales Feindbild, das gerade in den Metropolen lange Zeit äußerst erfolgreich zur ideologischen Verkleisterung war. Die Formeln "neue Weltordnung", "friedenschaffende Maßnahmen" oder die "Verantwortung der Weltgemeinschaft" (repräsentiert von der UNO) sollen das entstandene ideologische Vakuum füllen.
Nichts eignete sich besser zu Erprobung und Einübung dieser neuen Ideologie als die hungernden Kinder Somalias per US-Intervention füttern zu lassen. Mustergültig konnte hier die weiße "Öffentlichkeit" mit ein paar Fernsehbildern des Elends dazu gebracht werden, sogar nach einer "Helfenden Intervention" zu verlangen.
Und auch das latent schlechte Gewissen der weißen MetropolenbewohnerInnen (resultierend aus der dumpfen Ahnung des Zusammenhangs zwischen Neokolonalismus und dem eigenen Vollgefressensein) fand Beruhigung in der →

→Vorstellung vom weißen Soldaten der Nahrung und Vernunft ins schwarze Land bringt.
Auf die Fortsetzung dieser, so wohl gelungenen Premiere des neuen Märchenspiels werden wir wohl nicht allzulange warten müssen.

Über die allgemeine Ablehnung aller Varianten imperialistischer Politik hinaus, bliebe die spannende Frage zu diskutieren, was denn eine antiimperialistische, nicht rassistische, nicht eurozentrierte Haltung zu einem Konflikt wie dem somalischen sein könnte.

22. April

Information an alle antifaschistischen-Gruppen in Norddeutschland

Im südlichen Dänemark soll vom 17.-22. Mai ein Treffen hochrangiger internationaler Faschisten stattfinden (genaueres auf dem Fluggi)

Am Montag, dem 19. April hat in Flensburg ein erstes Vorbereitungstreffen dänischer und schleswig-holsteinischer Antifa-Gruppen stattgefunden. Vertreten waren die UnterzeichnerInnen des Flugblatts.
Auf diesem Treffen wurden Informationen ausgetauscht, Einschätzungen zu dem Nazi-Treffen diskutiert und das politische Ziel soll die Verhinderung dieses Treffens möglichst im Vorfeld durch breiten, öffentlichen Druck auf den dänischen Staat sein. Zudem soll die Thematik, daß in Deutschland gesuchte Nazis (wie der "Veranstalter" Thies Christophersen) wenige Kilometer hinter der Grenze, von staatlicher Seite ungestört, Treffen abhalten können und aus dem Ausland Nazi-Propaganda Material verschickt wird, öffentlich gemacht werden.
Das Ergebniß sind die beiden Demonstrationen am 16. Mai und am 20. Mai.
Die erste Demo soll eine politisch breitgetragene Massendemo mit dem Ziel, ~~durch~~ politischen Druck+Öffentlichkeit zu erreichen, sein.
Die zweite Demonstration findet nur dann statt, wenn das Nazi-Treffen trotzdem abgehalten wird und soll den Forderungen Nachdruck verleihen und das Treffen verhindern, bzw. beenden.

Es gibt bisher den beiliegenden Flugblattentwurf, der von uns an alle Antifa-Gruppen im norddeutschen Raum verschickt worden ist (Göttingen als südlichste Stadt).

Um der Bedeutung des Treffens gerecht zu werden, bedarf es einer übergreifenden, effektiven Vorbereitung.

Wir laden Euch zum nächsten Vorbereitungstreffen ein, dieses findet am 29. April um 19.00 Uhr im Volksbad in Flensburg (am Hafen) statt.

Weitere Infos könnt Ihr über den ThePrax-Infoladen, Postfach 506, 24756 Rendsburg, Fax: 04331-25887 bekommen. Telefon: Mittwochs von 17.00-21.00 Uhr.

Mit solidarischen Grüßen

Antifa-Rendsburg

Demonstration

am 16. Mai um 16.00 Uhr in Kruså

Zu den Demonstrationen am 16. Mai und am 20. Mai rufen Antifaschistische Initiativen aus folgenden deutschen und dänischen Regionen auf:

Åbenrå, Angeln, Flensburg, Schleswig, Rendsburg, Eckernförde, Kiel, Eutin, Heide und Kopenhagen

Informationen über die Demonstrationen können unter folgender Adresse erfragt werden:
Infoladen Theprax, c/o T-Stube / Stadtpark, Postfach 506, 2370 Rendsburg, Fax: 04331 - 25887

"Private" Hitlerfeier von Polizei geschützt

Am Samstag, den 17. 4., feierten in Mainz-Gonsenheim auf dem Gelände der Gärtnerei von Curt und Ursula Müller ca. 350 Alt- und Neonazis Hitlers Geburtstag. Weil es sich um eine "private Feier" gehandelt habe, sei ein Einschreiten dagegen rechtlich nicht möglich gewesen, hieß es von Seiten der Behörden. Nach Berichten der taz waren mit dabei Kühnen-Nachfolger Christian Worch aus Hamburg und Faschisten aus Kroatien und Dänemark.

Auch als die Reichskriegsflagge neben der FAP-Fahne gehißt wurde und die Arme zum "deutschen Gruß" gewinkelt wurden, Fotoreporter mit Leuchtspurmunition beschossen wurden, Steine flogen und vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete Neonazis vor der mit Stacheldraht gesicherten Mauer des Geländes in Position gingen, schritt die Polizei nicht ein.

Zuvor hatte eine Demonstration von über 2 000 Antifaschistinnen und Antifaschisten stattgefunden unter dem Motto "Gegen die faschistischen Zentren vorgehen". Sie richtete sich gegen das Nazizentrum des Ehepaars Curt und Ursula Müller, wo seit Jahren ähnliche Treffen wie das am Samstag stattfinden.

Aufgerufen zu dieser bundesweiten Demonstration hatte die Antifaschistische Aktion. In einem Flugblatt der Antifa Mainz / Wiesbaden heißt es dazu: "In der Öffentlichkeit wurde die Mainzer Nazi-Szene bisher immer als harmlos und unbedeutend dargestellt, obwohl die Gärtnerei MÜller in Gonsenheim schon seit den 70iger Jahren als Zentrum und Anlaufstelle für in- und ausländische Faschisten, auch terroristischer Gruppierungen, dient. Das Gelände der Gärtnerei dient regelmäßig zum Abhalten von "Wehrsportübungen", zu sogenannten "Führerthings" sowie zur Rekrutierung von Jugendlichen. Bei den alljährlichen Nazifeierlichkeiten zu Hitlers Geburtstag und zur Sonnenwende finden sich bis zu 300 Personen aus der gesamten Bundesrepublik ein. Müller ist nicht der harmlose alte Mann, als der er auch in der Öffentlichkeit gerne hingestellt wird. Das zeigen seine Verfahren wegen Körperverletzung ebenso wie die Waffen- und Sprengstoffunde auf seinem Gelände bereits 1974. Sämtliche Waffen sowie 2 600 Schuß Munition wurden ihm übrigens damals von der Polizei zurückgegeben."

(Quellen: taz, FR v. 19. 4., Flugblatt Antifa Mainz / Wiesbaden -u.b.)

aus: Antifaschistische Nachrichten, GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Waffenfunde bei den Republikanern

Herford. Am 2. April durchsuchte die Polizei die Wohnung des 19jährigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden in Bad Oeynhausen. Dabei wurden 500 Schuß Munition unterschiedlichen Kalibers, mehrere Gas- und Schreckschußpistolen sowie ein Gewehr K 98 beschlagnahmt. An Propagandamaterial wurden u.a. Schriften der NSDAP / AO sowie der NF sichergestellt. Einen Tag später erklärte der geschäftsführende Landesvorstand der Republikaner gegenüber der Presse, daß "der Kreisverband Herford aufgelöst worden sei."
(stb)

aus: Antifaschistische Nachrichten, GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

ANTIFA-NACHRICHTEN ANTIFA-NACHRICHTEN ANTIFA-NACHF

Skinheads in Rathenow: Besetzte Häuser völlig verwüstet

Vermutlich rechtsradikale Skinheads haben Donnerstag früh in Rathenow zwei von Jugendlichen besetzte Häuser verwüstet. Die Täter erschienen gegen 02.00 Uhr vor den Häusern in der Kurlandstraße und warfen Steine auf die Gebäude. Als die Randalierer merkten, daß die Besetzer nicht anwesend waren, drangen sie in die Häuser ein. Nach einem Bericht des SFB wurden in den Häusern Fenster zerschlagen, Betten zerschlitzt, Mobiliar zertrümmert und Tiere in einem Terrarium getötet. Ferner sei versucht worden, Feuer zu legen. Anwohner warfen den eingesetzten Polizeibeamten völliges Versagen vor. Erst lange Zeit nach dem Notruf sei ine Funkwagen erschienen. Die Beamten hätten untätig vor den Häusern gestanden, bis sich die Täter gegen 03.00 Uhr zurückgezogen hätten.

aus: "Neues Deutschland" vom 10./11. April 1993

PS: Rathenow ist eine Kreisstadt, ca. 80 km westlich Berlins, im Land Brandenburg

NPD-Kreisverbandsgründung verhindert

Am 13.3.93 sollte im Ascherslebener "Möhrenkopp" die Gründungsversammlung der NPD stattfinden. Dagegen rief das Neue Forum und die IG Metall zu einer Protestdemo auf. Die Bürger im Harzvorland scheinen aber nicht so recht etwas gegen Rechte zu haben. Nur hundert - vorwiegend jugendliche - Leute kamen.
Bereits Donnerstag nacht wurden die Türschlösser der Gaststätte, die in Aschersleben als Versammlungsort für Rechte bekannt ist verklebt. Als "eine Art Warnung" verstand die Polizei die Zerstörung dreier Scheiben der Gaststätte.
Die Polizei wußte, daß "Randale geplant war", und hatte mit 50 Leuten das Gebäude umstellt. Drinnen saßen NPD-Kreisvorsitzender Axel John und knapp 150 Nazis auch aus Staßfurt, Magdeburg und Halle. Der Kreisgeschäftsführer Manfred Bludschun konnte mit einigen Parteifreunden die Versammlung nurladiert erreichen. Er wurde vorher von AntifaschistInnen abgefangen und zusammengeschlagen.
Gegen 1/2 11 splittern die Scheiben der Gaststätte noch ehe die Anwesenden dazu kommen die ordnungsgemäße Gründung des Kreisverbandes durchzuführen. Die im Saal Anwesenden werden von einem der Vermummten fotografiert, dann ist alles vorbei. 20 000 DM Sachschaden - zerstörte Scheiben und Mobiliar. Die Kneiperin redet vom finanziellen Ruin. Personen kamen bei dem Angriff nicht zu Schaden.
Der Polizei gelang es von 9 Personen die Personalien aufzunehmen, bei denen vermutet wird, daß sie an dem Angriff beteiligt waren. Die Autos wurden durchsucht. Dabei wurde ein Schlagstock und ein Messer beschlagnahmt. Bei dem Versuch weitere Personalien festzustellen, wurden 2 Polizisten leicht ver-letzt. Bisher wurden im Zusammenhang mit dieser Aktion mehrere Personen verhört und ED-mißhandelt (Erkennungsdienstlich behandelt). Auch die Wohnung des Halters eines KFZ's, das in der Nähe des Tatortes gesehen wurde, wurde durchsucht. Eine weitere Wohnung von vermuteten TäterInnen wurde ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht, Anwesende verhört und ED-mißhandelt.
Da bisher fast alle in dieser Sache Festgenommenen die Aussage verweigerten, tappt die Polizei bisher noch im Dunkeln. Unter Verweis auf Leipzig können wir nur betonen: Aussageverweigerung auf jeden Fall (wenn ihr unter anklage steht, als ZeugIn lauft das etwas anders) Nix sagen außer Name, Geburtsjahr, Beruf. In Leipzig standen nur die vor Gericht, die etwas zugegeben hatten.

R.J.

aus: "Subbotnik in L.A." Nr. 47 vom 16.4.93
erreichbar unter VL, redaktion infoheft, große klausstraße 11, O-4020 Halle

Erneut Beleidigung von Ausländern durch Berliner Beamten

Berlin (dpa/bb) – Ein Beamter des Berliner Landeseinwohneramts hat im Computer der Behörde den Geburtsort eines Kurden aus dem Irak durch "Saddam Hussein's Country" ersetzt. Es handle sich um denselben jungen Mann, der schon mit einem Kollegen als Geburtsort einer in Berlin lebenden Türkin "Döner-Town" eingegeben hatte, teilte die Innenverwaltung am Freitag mit. Der Beamte, der am Computer manipuliert hatte, sei inzwischen versetzt worden. Beide Vorfälle waren bekannt geworden, als die in Berlin lebenden Ausländer Bußgeldbescheide von der Polizei erhielten. Der Beamte hat nach Angaben der Innenverwaltung auch die Namen deutscher Städte im Computer verfremdet. So wurde aus dem Geburtsort Leer (Nordrhein-Westfalen) "Voll", aus Bremen "Werder Bremen". Der betroffene Kurde war aus seiner Heimat geflohen, weil er vom Hussein-Regime verfolgt wurde. Er wurde in Berlin als politisch verfolgt anerkannt. Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) habe gefordert, hart gegen diese "Geschmacklosigkeiten" vorzugehen, so die Innenverwaltung. Disziplinarrechtliche Verfahren seien eingeleitet worden.

dpa/23.04.1993

Treffen der DA aufgelöst

Cottbus. Eine Versammlung von 60 Anhängern der verbotenen Deutschen Alternative (DA) wurde am 16. 4. von der Polizei aufgelöst, sechs Personen vorläufig festgenommen und nazistisches Propagandamaterial beschlagnahmt. Unter den sechzig Teilnehmern aus NRW, Hessen, Brandenburg und Berlin war auch der frühere DA-Vorsitzende Frank Hübner. (u.b.)

aus: Antifaschistische Nachrichten, GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Licht-Blicke!



Die Innenminister von Bund und Ländern

Wir schüren Rassismus und Nationalismus, damit ihr mitmacht für's Vaterland: als Soldaten in aller Welt und beim Solidarpakt.

»Als zögen sie in den Krieg«

Ingrid Strobl

Vor 50 Jahren begann der Aufstand im Warschauer Ghetto

»›Als zögen sie in den Krieg‹, sagte ich zu meiner Kameradin Zipora Lerer auf unserem Posten. Plötzlich hielt ich uns für viel zu schwach, um etwas gegen eine so schwer bewaffnete Truppe auszurichten. Wie sollten wir gegen Panzer und Panzerspähwagen kämpfen? Wir hatten nur einen Revolver und bestenfalls eine Handgranate. Aber wir verloren den Mut dennoch nicht, sondern sahen unseren Mördern entgegen, um endlich mit ihnen abzurechnen.«
Simche Rathauser, Aktivist der jüdischen Kampforganisation im Warschauer Ghetto, ZOB

Am 12. Mai 1943, knapp einen Monat nach dem Beginn des Aufstands im Warschauer Ghetto, nimmt sich Szmuel Mordechai Zygielbojm in London das Leben. Zygielbojm, einer der Führer des Bund, der sozialistischen polnischen jüdischen Arbeiterpartei, war 1939 aus Polen geflüchtet und vertritt 1943 den Bund im polnischen Exilparlament in London. Seine Genossinnen und Genossen in Warschau informieren ihn (über komplizierte und lebensgefährliche Wege) ständig über die Ereignisse in Polen, damit er sie »der Welt« mitteile und »die Welt« dazu bewege, etwas dagegen zu tun. Zygielbojm informiert die polnische Exilregierung und die Alliierten über die Vergasungen in Chelmno und Treblinka – man glaubt ihm nicht oder will ihm nicht glauben. In seinem Abschiedsbrief schreibt er: »Die letzten Nachrichten aus Polen lassen deutlich erkennen, daß die Deutschen offenbar entschlossen sind, auch die letzten noch lebenden Juden in Polen mit grausamer Brutalität auszurotten. Hinter den Mauern des Warschauer Ghettos rollt jetzt der letzte Akt einer Tragödie ab, die in der Geschichte ohne Beispiel ist. ... Mit meinem Tod möchte ich zum letztenmal gegen jene Passivität protestieren, mit der die ganze Welt zusieht und es zuläßt, wie das jüdische Volk ausgerottet wird. Wie wenig ein Menschenleben heute gilt, weiß ich selbst. Lebend vermochte ich nicht viel zu wirken. Ich hoffe jedoch, daß mein Tod vielleicht dazu beitragen wird, jene aus ihrer Lethargie wachzurütteln, die selbst jetzt – im letzten Augenblick noch – vermöchten, die wenigen noch in Polen am Leben gebliebenen Juden zu retten.«

Am 2. Oktober 1940 erläßt der Gouverneur des Warschauer Distrikts Ludwig Fischer eine »Sonderverordnung über die Errichtung eines Ghettos in Warschau«. An die 450.000 Menschen werden in eines der alten jüdischen Arbeiterviertel gesperrt, in ein Areal, das ständig verkleinert wird, während sich die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner ständig durch Flüchtlinge aus anderen Städten und dem Umland erhöht. Die Deutschen umgeben das Ghetto mit einer drei Meter hohen Mauer, deren Tore streng bewacht werden. Es beginnt einer von mehreren Versuchen, die »Endlösung der Judenfrage« in die Praxis umzusetzen. Durch systematisches Aushungern, durch Zwangsarbeit und Seuchen soll die jüdische Bevölkerung der polnischen Hauptstadt vernichtet werden. Ein Jahr nach Errichtung des Ghettos sind 100.000 seiner Zwangsbewohnerinnen und -bewohner bereits gestorben. Doch im darauffolgenden Jahr entdeckt man, durch andere Versuche, daß mit Gas – erst Motorabgase, dann Zyklon B – Menschen quasi industriell vernichtet werden können, schneller, rationeller und sauberer als im Ghetto.

Im Juli 1942 beginnt die sogenannte erste »aktzia«, eine Liquidierungsaktion, die erst im September abgeschlossen wird: Etwa 450.000 Frauen, Männer und Kinder werden in das Vernichtungslager Treblinka verschleppt. Im Oktober 1942 schließen sich die verschiedenen Organisationen des jüdischen Widerstandes unter dem Eindruck der »aktzia« zur jüdischen Kampforganisation, der ZOB (Zydowska Organizacja Bojowa), zusammen. Der Hechaluz – die linkszionistische Jugendbewegung, mehrere gemäßigte zionistische Jugendverbände, die zionistische Arbeiterpartei Poale Zion, der sozialistische Bund und die Kommunisten – Gruppierungen, die bis zur traumatischen Erfahrung der »aktzia« nichts miteinander zu tun haben wollten und die um den politischen Einfluß auf die Ghetto-Bevölkerung konkurriert hatten, einigen sich darauf, daß ihre politischen Differenzen angesichts der Vernichtung des gesamten europäischen Judentums und der bevorstehenden endgültigen Vernichtung der eigenen jüdischen Gemeinschaft hinter die neuen Prioritäten zurückzutreten haben. Einzig der Kampfverband der Rechtszionisten, ZZW, schließt sich der ZOB nicht an. Im Aufstand kämpft er unabhängig, aber in strategischer Absprache mit dem ZOB-Kommando.

Anfang 1943 beschließt der Reichsführer SS, das Warschauer Ghetto müsse bis zum 15. Februar vernichtet werden. Am 18. Januar marschieren die Deutschen und ihre Hilfskräfte im Ghetto ein und stoßen auf Widerstand. Die Kämpfe dauern vier Tage, die »endgültige Vernichtung« wird vorläufig aufgeschoben: Eigene Verluste hatten die »Endlöser« nicht vorgesehen.

Das Ghetto bereitet sich nun auf die endgültige Liquidierung vor. Die Überlebenden der »aktzia« errichten ein System von Bunkern und Kanalisationswegen, die sowohl die Häuser untereinander verbinden als auch nach draußen, auf die »arische« Seite der Stadt führen. Die Kombattantinnen und Kombattanten der ZOB kasernieren sich, bauen in Schichtarbeit Handgranaten und Molotowcocktails.

In der Nacht vom 18. auf den 19. April 1943 umstellen die Deutschen das Ghetto mit Maschinengewehren und einer Kette polnischer Polizei. Gegen ein paar hundert mit Pistolen, Handgranaten und Molotowcocktails, ein paar Gewehren und einem einzigen Maschinengewehr bewaffnete Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und eine mit Äxten, Messern und ihren bloßen Fäusten ausgerüstete Bevölkerung treten an: ein Bataillon der Panzergrenadiere und eine Kavallerieabteilung der Waffen-SS, zwei Artillerieabteilungen und eine Pionierabteilung der Wehrmacht, eine Gruppe der Sicherheitspolizei, polnische Polizei, ein Bataillon der SS-Schule in Trawniki, ukrainische und lettische Hilfstruppen und die Feuerwehr.

Am vierten Tag der Kämpfe gehen die Deutschen dazu über, das Ghetto »auszuräuchern«: Sie setzen systematisch die Häu-

ser in Brand und zwingen damit die Bewohnerinnen und Bewohner zur Entscheidung, entweder lebendigen Leibes zu verbrennen oder aus den Fenstern zu springen oder sich zu ergeben. Viele »wählen« die Selbsttötung. Als das Ghetto nur noch aus Ruinen besteht, beginnen die Eroberer mit dem Kampf um die Bunker. Am 8. Mai entdecken sie den Stabsbunker der ZOB in der Milastraße 18. Sie schießen Gasbomben in die Ein- beziehungsweise Ausgänge. Die meisten Mitglieder der ZOB-Führung töten sich selbst, um den »Endlösern« nicht in die Hände zu fallen. Einige wenige entdecken im letzten Moment noch einen Ausgang und können entkommen.

Der Leiter der »Großaktion« gegen das Ghetto, SS-Brigadeführer Jürgen Stroop, erstattet seinen Vorgesetzten jeden Tag schriftlich Meldung. Am 16. Mai, einen Monat nach Beginn des Aufstands, schließt er seine »Täglichen Meldungen« ab und formuliert seinen Abschlußbericht. Sein Auftrag ist nun offiziell erfüllt. In Wirklichkeit aber gehen im Ghetto vereinzelte Kämpfe noch bis Mitte Juli weiter.



Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

»Wir werden untergehen, aber sie werden mit ihrem Blut für unseren Tod bezahlen« – Aufständische des Warschauer Ghettos auf dem Weg zur Hinrichtung

Der 50. Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstands wird eine gewisse Neugierde, möglicherweise sogar Interesse wecken an einem Thema, das von der deutschen Forschung und Publizistik (von Ausnahmen abgesehen) bisher erfolgreich ignoriert wurde. Wer zu diesem Thema arbeiten wollte, konnte das natürlich auch bisher, anhand der englischen, hebräischen, polnischen etc. Literatur. Nur in deutscher Sprache lag (von Ausnahmen wieder abgesehen) kaum Nennenswertes vor, bis auf eine 1958 in der DDR erschienene Übersetzung aus dem Polnischen von Bernard Marks *Der Aufstand im Warschauer Ghetto*, die, längst vergriffen, nur noch in der einen oder anderen gut sortierten Fachbibliothek zu finden ist. Nun, anläßlich des 50. Jahrestages des Aufstands, erscheinen zwei Bücher zum Thema in deutscher Sprache, genauer gesagt, in deutscher Übersetzung: Reuben Ainszteins Standardwerk *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe* wurde von einer Arbeitsgruppe an der Universität Oldenburg übersetzt und soll Mitte 1993, so die Herausgeber Ahlrich Meyer und Jörg Paulsen, erscheinen – zur Subskription wird eingeladen. Einen Teil des 1974 in London erschienenen Werkes veröffentlichen sie (ergänzt durch weiteres Material) vorab, rechtzeitig zum Jahrestag, unter dem Titel *Aufstand gegen die Vernichtung. Die Revolte im Warschauer Ghetto*. Der Berliner Harald Kater-Verlag bringt, zum selben Datum, Marek Edelmans Text *Der Ghetto-Kampf* heraus. Edelman, der einzige Überlebende des Kommando-Stabes der ZOB, schrieb dieses Protokoll des Aufstands direkt nach der Befreiung, es erschien 1945 in Warschau in polnischer Sprache und ein Jahr später im Verlag des Bund in New York in englischer Übersetzung.

Marek Edelmans Zeugnis ist typisch für die (wenigen) Berichte, die sofort nach der Befreiung niedergeschrieben wurden: Die Verfasserinnen und Verfasser stehen noch unter dem Eindruck des Geschehens, haben aber bereits erfahren, daß das, was sie zu erzählen haben, Unglauben und Staunen hervorruft. So sind sie bemüht, noch das kleinste Detail festzuhalten, quasi als Beweisstücke in einem unsichtbaren Prozeß. Sie nennen die Namen aller Kameradinnen und Kameraden, und stets in Verbindung mit ihren Taten. Die Gemeinsamkeit und »Vermischung« des Kampfes sind zudem bereits Geschichte, die Überlebenden haben sich wieder in ihre einzelnen Organisationen eingeordnet, und jede dieser Organisationen ist bemüht, ihren eigenen Anteil an der Geschichte darzustellen (in Edelmans Fall den des Bund) – wissend oder befürchtend, daß dieser jeweils von den anderen vernachlässigt, wenn nicht sogar verfälscht werden könnte.

Diese Vorsicht mischt sich in Marek Edelmans *Der Ghetto-Kampf* mit der Trauer um die Toten, der frischen Erinnerung an das Grauen, dem Staunen über das eigene Überleben, dem Stolz auf den geführten Kampf. Als Edelman 40 Jahre später der Journalistin Hannah Krall noch einmal vom Aufstand erzählt, sind das Pathos und der Stolz verflogen zugunsten einer nüchternen und ernüchternden Sicht der Dinge. Der offizielle Held flieht von seinem Sockel und zieht dabei alle anderen mit, zum Entsetzen derer, die Helden auf Sockeln brauchen. Beide Bücher, Edelmanns *Der Ghetto-Kampf* und Kralls *Dem Herrgott zuvorkommen*, sind jeweils wichtige Zeugnisse einer Geschichte, die, wie alle Geschichte, nicht den professionellen Historikern alleine überlassen werden sollte.

Beziehungsweise denen, die davon überzeugt sind, es gäbe eine objektive, wertfreie Wissenschaft. Der Historiker Reuben Ainsztein arbeitet wissenschaftlich »korrekt«, täuscht aber nirgends vor, er beziehe nicht Stellung. Sein Werk ist eine Würdigung des jüdischen Widerstands. Ainsztein arbeitet vorwiegend mit dem Material, das ihm das Jüdische Historische Institut in Warschau zur Verfügung stellte. Das mag einer der Gründe sein, warum er die Rolle, die die Kommunisten bei den Aufständen spielten, leicht überschätzt und die des Bund, beispielsweise, unterschätzt. Angesichts der Tatsache aber, daß in vielen Darstellungen die Bedeutung der Kommunisten ganz oder beinahe ganz geleugnet wird, stellt Ainszteins Hervorhebung eine notwendige Ergänzung dar. Und dank der Genauigkeit, mit der er Personen und Handlungen nach Organisations-Zugehörigkeiten ausweist (im Gegensatz zu vielen anderen Arbeiten, die gerne verallgemeinernd von »der jüdischen Jugend« sprechen), belegt Ainsztein die initiative und führende Rolle, die die sehr jungen Frauen und Männer der linkszionistischen Pionierbewegung, vor allem des marxistisch-zionistischen Haschomer Hazair (Der Junge Wächter) bei der Organisierung des Widerstands in den Ghettos spielten. Zwar wurden in den 20 Jahren seit dem Erscheinen seines Werks neue Quellen entdeckt und müßten daher einige Angaben revidiert werden, doch von diesen Einschränkungen abgesehen halten die Quellen stand.

Ainszteins Arbeit ist (neben mehreren ausgezeichneten Einzeluntersuchungen) noch immer das einzige umfassende Standardwerk zum jüdischen Widerstand in Osteuropa. Die Herausgeber der deutschen Übersetzung von *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe* stellen das Werk zu

»Als zögen ...

Recht dem Buch Raul Hilbergs über die Vernichtung der europäischen Juden zur Seite, mit der gleichfalls berechtigten Bemerkung, es ergänze und korrigiere Hilbergs Bemerkungen über das Fehlen eines jüdischen Widerstands.

Was, von diesen beiden wichtigen Neuerscheinungen und einigen vielleicht interessanten Veranstaltungen abgesehen, wird nun die Aufmerksamkeit, die der 50. Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstandes auch in Deutschland erregen wird, bewirken? In einem Deutschland, in dem ein Jude, der die Juden im Lande dazu aufruft, ihren Selbstschutz zu organisieren, laufend Morddrohungen ins Haus bekommt? Wo die Enkel der »Endlöser« auf dem Computer Juden-Vernichten spielen? Wo in Weimar die Gräber von Waffen-SSlern, den Aufsehern in Buchenwald, liebevoll restauriert werden, mit SS-Rang und -Titel auf dem Grabstein? Die unangenehmen Wahrheiten werden nicht oder nur gut »vermittelt« zur Sprache kommen. Das Unverständliche wird als solches beschworen und damit erneut verdrängt werden. Und die alte und überaus beliebte Frage wird wieder gestellt werden, auch von den Nachkommen der Mörder: »Warum haben sie sich nicht gewehrt? Warum gingen sie wie die Lämmer zur Schlachtbank? Warum gab es nur im Warschauer Ghetto einen Aufstand?«

Die Frage könnte geduldig beantwortet werden: Es gab in fast jedem Ghetto im besetzten Osteuropa eine Widerstandsorganisation, in vielen Ghettos kam es auch zu Aufständen. Zigtausend jüdische Frauen und Männer haben bei den Partisanen gekämpft. Und so weiter und so fort. Diese Antwort aber setzt diejenigen, die nicht bewaffnet gekämpft haben, ins Unrecht. Die Shoa, das Verhalten der Menschen, die von einer bis dahin nicht vorstellbaren Vernichtungsmaschinerie erfaßt und zermalmt wurden, waren keine Prüfung, für die irgend jemand Noten verteilen darf.

Die deutschen »Endlöser« brachten all ihre Gründlichkeit, ihren Eifer, ihr technisches Können, ihren Erfindungsgeist und ihr unerschöpfliches Arsenal an Desinformation, Einschüchterung und Terror zur Anwendung, um eine hilflose Zivilbevölkerung auszurotten. Die Alliierten waren seit spätestens 1943 anhand glaubwürdiger Dokumente darüber informiert, was in Polen geschah. Sie hatten zu entscheiden über verzweifelte Aufrufe, die Todesfabriken oder wenigstens die Schienenwege, die nach Treblinka, Majdanek, Auschwitz führten, zu bombardieren. Sie entschieden sich dagegen. Auch der Aufstand im Warschauer Ghetto, auch der Selbstmord von Szmuel Zygielbojm änderten nichts an dieser Entscheidung. Die Opfer aber werden gefragt, warum sie sich nicht gewehrt haben. Doch nicht genug: Der jüdische Widerstand wird, sofern er überhaupt wahrgenommen wird, nicht selten als argumentative Waffe gegen die Opfer gewendet: »Es war ja möglich, sich zu wehren, siehe Warschau.« Es war nicht möglich, oder nur wenigen und nur unter bestimmten Bedingungen. Und dieses Sich-Wehren war kein Sich-Wehren, um dem Tod zu entgehen, sondern eine Wahl der Todesart. In den 60er Jahren, als, anläßlich des Eichmann-Prozesses, das Verhalten der Opfer, wie er sagt, Thema auf jeder Party war, schrieb Elie Wiesel dazu:

»Bis heute wurden und werden die Juden für alles auf der Welt verantwortlich gemacht, für Jesu Tod, für Bürgerkriege, Hungersnöte, Arbeitslosigkeit und Revolutionen. Sie verkörperten das Böse. Jetzt werden sie für ihren eigenen Tod verantwortlich gemacht: sie verkörpern diesen Tod. Wir sehen also, das jüdische Problem stellt weiterhin eine Art Niemandsland des menschlichen Geistes dar, in dem jeder alles auf jede erdenkliche Art sagen kann – ein Spiel, in dem alle gewinnen. Nur die Toten sind die Verlierer. Und in diesem Spiel – mehr ist es wirklich nicht – ist es ziemlich einfach, den Toten Vorwürfe zu machen, sie der Feigheit oder Komplizenschaft (im wörtlichen oder übertragenen Sinne des Wortes) zu beschuldigen. ... Die Toten haben etwas anderes verdient als diese posthume Erniedrigung. ... Lassen wir sie in Ruhe. Wir sollten diese unbestatteten Leichen nicht ausgraben. Laßt sie dort, wo sie für immer sind, und laßt sie sein, was sie sein müssen: Wunden, ein unermeßlicher Schmerz, der Abgrund unseres Seins. Seid froh, daß sie nicht aufwachen, daß sie nicht auf die Erde zurückkehren, um über die Lebenden zu urteilen.«

Nach der ersten »aktzia« leben von den 500.000 Menschen, die im Warschauer Ghetto zusammengepfercht waren, noch 60.000. Knapp 40.000 davon offiziell registriert, der Rest illegal in Verstecken. Alte, Kinder, Kranke gibt es kaum noch. Die Überlebenden sind junge arbeitsfähige Frauen und Männer, die verstanden haben, daß sie nur übriggelassen wurden, um noch eine Weile Zwangsarbeit zu leisten. Sie müssen auf niemanden mehr Rücksicht nehmen: Die Wehrlosen, die Eltern, die kleinen Geschwister sind alle bereits in Treblinka ermordet worden. Sie haben keine Illusionen mehr und sind nur sich selbst verantwortlich. So sind sie »frei«, den Tod zu »wählen«. »Die Leute schworen sich«, berichtet Emanuel Ringelblum, der Archivar und Chronist des Ghettos, »nie wieder werden uns die Deutschen ungestraft hier wegbringen. Wir werden untergehen, aber die grausamen Eindringlinge werden mit ihrem Blut für unseren Tod bezahlen. Wir brauchen uns keine Gedanken um unser Überleben zu machen, denn jeder von uns trägt sein Todesurteil bereits in der Tasche. Wir sollten besser daran denken, mit Würde zu sterben, im Kampf zu sterben.«

Würde ist den Aktivistinnen und Aktivisten des Widerstandes gleichbedeutend mit Kampf. Sie selbst sind schon vor der deutschen Besatzung politisch aktiv gewesen, sind es gewohnt, für ein Ziel zu kämpfen, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand. Nun gelingt es ihnen, die Überlebenden des Alptraumes für ihren Traum zu gewinnen: Die Überlebenden der ersten »aktzia«, in der 450.000 Menschen in den Tod getrieben wurden, schließen sich den Kämpfern an, die sie lange mit Skepsis betrachtet hatten.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto wird zum Fanal. In den anderen Ghettos des besetzten Polen empfinden die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer angesichts der Nachrichten aus Warschau eine Art Erleichterung: Die Mörder sind auf Widerstand gestoßen, der so wichtige Beweis dafür, daß auch die Juden kämpfen können, ist erbracht. Was sie von sich selbst verlangen, fordern sie auch von allen anderen: »Aufrecht« zu sterben, nicht »freiwillig« in die Gaskammer zu gehen. Heute sagen Überlebende wie Chaika Grossman, eine der Führerinnen des Widerstands im Bialystoker Ghetto, daß sie, was sie heute wissen, auch damals schon geahnt haben: daß es für die Masse der Menschen unmöglich war, zu kämpfen. Daß die Entscheidung, nicht in die Gaskammer zu gehen, für die meisten keine Entscheidung sein konnte, und daß diejenigen, die sie für sich selbst trafen, sich, dank ihrer Jugend und ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation, in einer quasi »privilegierten« Situation befanden.

Was Stalingrad dem Widerstand im ganzen besetzten Europa bedeutet, das ist den Jüdinnen und Juden im Widerstand Warschau. Über ihr »Ghettograd« schreiben die Verfasser eines Memorandums des Bund an ihre Genossen in London. Die französische und belgische jüdisch-kommunistische Untergrundpresse reagiert auf die Nachrichten aus Warschau (die Radio London erst mit mehrwöchiger Verspätung bekanntgab) mit Aufrufen zur Verstärkung des eigenen Kampfes. Sie fordert die jüdische Jugend, die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf, dem Warschauer Beispiel zu folgen: »Die Lektion von Warschau darf nicht ignoriert werden! Eure Brüder und Schwestern, die heldenhaft gefallen sind, würden euch niemals verzeihen, wenn ihr euch wie Sklaven verhaltet vor ihren Mördern, die auch die euren sind. ... Wo immer ihr auch seid, bildet Kampfgruppen!«, so ein Aufruf der Jüdischen Abteilung innerhalb der kommunistischen französischen Gewerkschaft CGT im Untergrund. Adam Rayski, Leiter der Jüdischen Abteilung der MOI, der Immigrantenorganisation der französischen Kommunistischen Partei, berichtet: »Das Beispiel der Juden von Warschau führte zu einer intensiven Rekrutierung neuer Kombattanten. Im Juni und Juli 1943 hat sich die Zahl der Aktiven in den bewaffneten Gruppen (der MOI, I.S.) fast verdoppelt, aber die ganze veränderte Geisteshaltung läßt sich nicht nur quantitativ messen.«

Neunzehnhundertdreiundvierzig ist das Jahr, in dem die deutschen »Endlöser« die industrielle Vernichtung intensivierten und das Jahr, in dem der Widerstand im besetzten Europa seinen Höhepunkt erreichte. Die zu diesem Zeitpunkt kämpften, waren (neben der Roten Ar-

mee und mit Ausnahme der großen Partisanenformationen und -Armeen in der Sowjetunion und in Jugoslawien) vielfach die Parias, Minderheiten, »Fremde«. In Belgien und Frankreich stellten die (in den Immigrantenverbänden der KPs organisierten) Arbeitsimmigrantinnen und -immigranten und politischen Flüchtlinge aus Polen, Rumänien, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn einen großen und entscheidenden Teil des Widerstandes. Viele von ihnen waren Juden. Viele von ihnen wurden entdeckt, gefoltert, ermordet. In Polen waren es die Kämpferinnen und Kämpfer des jüdischen Widerstandes, die sich 1943 gegen die Deutschen erhoben, 1943, als, mit wenigen Ausnahmen, alle Ghettos in Osteuropa endgültig liquidiert wurden. Von den fast dreieinhalb Millionen polnischen Juden überlebten knapp 500.000. 1943 ist das Jahr von Stalingrad und damit der Hoffnung auf eine Wende im Krieg. Und es ist das Jahr, in dem für die jüdische Bevölkerung in weiten Teilen Europas die Uhr abläuft. Als 1944 die zweite Front endlich eröffnet wird, die westlichen Alliierten im besetzten Europa landen, als die Rote Armee die Deutschen in Richtung Westen zurücktreibt, gibt es von Lyon bis Kiew kaum noch Juden, die sich darüber freuen könnten.

In seinem Abschlußbericht über die Großaktion gegen das Warschauer Ghetto würdigt SS-Brigadeführer Jürgen Stroop kameradschaftlich die Leistung seiner Männer: »Je länger der Widerstand andauerte, desto härter wurden die Männer der Waffen-SS, der Polizei und der Wehrmacht, die auch hier in treuer Waffenbrüderschaft unermüdlich an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangingen und stets beispielhaft und vorbildlich ihren Mann standen. ... Wenn man berücksichtigt, daß die Männer der Waffen-SS zum größten Teil vor ihrem Einsatz nur eine 3- bis 4-wöchentliche Ausbildung hinter sich hatten, so muß der von ihnen gezeigte Schneid, Mut und die Einsatzfreudigkeit besonders anerkannt werden. ... Nur durch den ununterbrochenen und unermüdlichen Einsatz sämtlicher Kräfte ist es gelungen, insgesamt 56 065 Juden zu erfassen bzw. nachweislich zu vernichten. Dieser Zahl hinzuzusetzen sind noch die Juden, die durch Sprengungen, Brände, usw. ums Leben gekommen sind, aber zahlenmäßig nicht erfaßt werden konnten.«

Literaturhinweis:
Reuben Ainsztein: Aufstand gegen die Vernichtung. Die Revolte im Warschauer Ghetto, Berlin 1993;
Marek Edelman: Der Ghetto-Kampf, Berlin 1993;
Hannah Krall: Dem Herrgott zuvorkommen, Frankfurt/Main 1992;
Joseph Wulf: Das Dritte Reich und seine Vollstrecker. Die Liquidation der Juden im Warschauer Ghetto. Dokumente und Berichte, Wiesbaden 1989;
Ingrid Strobl: Sag nie, du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt/Main 1989

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 9/92 über den Film »BeFreier und Befreite« von Helke Sander

PRESSEMITTEILUNG PRESSEMITTEILUNG PRESSEMITTEILUNG

Meinungsfreiheit scheißegal?

Herbert Gruhl wird seinen für Montag (26.April) in der Charité vorgesehenen Vortrag aufgrund massiver Drohungen von sog. "Antifa"-Gruppen nicht halten können.

Die IPPNW-StudentInnengruppe Berlin, die an der Humboldt-Universität im Rahmen des Studium generale die Vorlesungsreihe "Umwelt - Entwicklung - Konflikte" organisiert, hatte Gruhl dafür zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion eingeladen.
Nach Plakatierung dieser Veranstaltung hörten wir auf indirektem Weg - die oben genannten Gruppen hatten keinen ernsthaften Versuch unternommen, mit uns ins Gespräch zu kommen - von Plänen, den Gruhl-Vortrag unmöglich zu machen, wenn nötig, sogar mit körperlicher Gewalt. Die mit den üblichen Attributen ("frauenfeindlich", "Rassist", "Faschist") versehenen Androhungen mußten wir so ernstnehmen, daß es uns unmöglich war, die körperliche Unversehrtheit des Redners zu garantieren. Vor der nackten Gewalt kapitulierend, sagten wir den Vorlesungstermin ab.

Eingedenk der Tatsache, daß ein Veranstalter kaum je vollständig mit den Referenten übereinstimmen kann oder will, sehen wir uns hier einem - leider nicht beispiellosen - Zeichen von Intoleranz und undemokratischen Verhaltens gegenüber. Dies gilt vor allem, da die Veranstaltung ja im universitären Kontext stattfinden sollte. Denn für uns bekommt die Universität ihren Sinn erst dadurch, daß wir uns unsere Meinung selbst bilden können. Dies scheint aber Leuten egal zu sein, die die Meinungsfreiheit als ihr Eigentum betrachten und sich die Qualifikation anmaßen, Debattenbeiträge zu zensieren.
Und nichts anderes geschieht hier.

IPPNW-StudentInnengruppe Berlin

IPPNW
Körtestraße 10
1000 Berlin 61
Telefon 030 693 02 44
Telefax 030 693 81 66
Telex 0 3050 97 ippnw d

Für weitere Informationen stehen gerne zur Verfügung:

Katharina Klank (Tel. 618 37 55),
Friederike Pleuger (Tel. 213 57 29),
Christopher Baethge (Tel. 782 83 24),
Christian Rust (Tel. 781 63 71)

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V



Gunther hat keine Chance auf ein gerechtes Verfahren!

Wie in der ganzen BRD gibt es auch in Mainz eine faschistische Kontinuität in Polizei und Justiz. Noch 1965, immerhin 20 Jahre nach Kriegsende, gab es in Mainz eine ganze Reihe von Personen, die zu den Stützen des Faschismus gehört haben. Hier einige Beispiele aus dem Bereich der **Polizei**:

Josef Altmeyer
- vor 1945: SS-Unterführer in der Leibstandarte "Adolf Hitler", SS-Nr.326 109
- nach 1945: Ministerialrat und Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium von Rheinland-Pfalz

Josef Blings
- vor 1945: SS-Obersturmführer und Polizeioffizier in Lodz; Oberleutnant der Schutzpolizei
- nach 1945: Gendamerieoberrat im Innenministerium von Rheinland-Pfalz, verantwortlich für Einsatz und Schulung der Polizei in Rheinland-Pfalz

Gisbert Graf von Merveldt
- vor 1945: Major der Schutzpolizei und Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Ukraine in Luzk, Förderer der SA und SS
- nach 1945: Leiter der Landespolizeischule von Rheinland-Pfalz

Friedrich Röhl
- vor 1945: Zuletzt Hauptmann der Gendamerie; Befehlshaber der Ordnungspolizei ab 1943 beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Riga, NSDAP
- nach 1945: Polizeiamtmann, stellvertretender Leiter der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz

3

Jetzt einige Beispiele aus der **Justiz**:

Dr. Otto Bauknecht
- vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Luxemburg
- nach 1945: 1949 in Luxemburg zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, Präsident des Justizprüfungsamtes Mainz

Dr. Herbert Busch
- vor 1945: Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht Dresden, Senat für Hochverratssachen
- nach 1945: Senatspräsident in Neustadt an der Weinstraße und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes in Rheinland-Pfalz

Walter Hoffmann
- vor 1945: Oberstabsrichter bei der 34. Division in Koblenz
- nach 1945: Staatsanwalt in Mainz

Nix, Josef
- vor 1945: Kriegsgerichtsrat bei der Division 409
- nach 1945: Senatspräsident in Mainz

Dr. Gerhard Meyer-Hentschel
- vor 1945: Kriegsgerichtsrat bei der Division 409
- nach 1945: Präsident des Oberverwaltungsgerichtes in Koblenz und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz

Dr. Josef Morschbach
- vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht Köln
- nach 1945: Oberstaatsanwalt in Mainz

Walter (Vorname unbekannt)
- vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)
- nach 1945: Landgerichtsrat in Mainz

Prof. Dr. Horst Bartholomeyczik
- vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau

4

(Worclaw);Mitwirkung an Todesurteilen
- nach 1945: Oberlandesgerichtsrat in Koblenz bis 1963; Prof. für Wirtschafts-und Zivilrecht Uni Mainz

Diese Aufzählung, mit Sicherheit nicht vollständig, zeigt, in welchem geistigen Klima die Rheinland-pfälzische und Mainzer Polizei und Justiz aufgebaut - oder besser: fortgeführt - wurde. erklärt sich auch, wie Justiz und Polizei in Mainz gegen Menschen vorgehen, die nicht mehr wirtschaftlich auszubeuten sind oder sich gar gegen Ausbeutung in verschiedenen Formen wehren. Hierzu einige Beispiele aus den achtziger Jahren:

1980 Die Polizei wird gerufen, weil in der Stadt eine hilflose Person liegt. Wie so oft entführt die Polizei ohne jede gesetzliche Grundlage den "Stadtstreicher" aus dem Stadtgebiet. **Erwin Tinz** wird ohne seine Krücken bei Temperaturen um den Gefrierpunkt ausgesetzt und stirbt. Weder Staatsanwalt **Lutz** noch Richter **Pohlen** erkennen in dem späteren Prozeß gegen die Polizisten einen Zusammenhang zwischen der "Freiheitsberaubung" und dem Tod Erwins. Richter **Pohlen** erklärt ohne jede gesetzliche Grundlage den "Verbringungsgewahrsam" für rechtmäßig, auch"gegen Punker, die auf dem Schillerplatz randalieren". Das Verfahren endet für die Polizisten in zweiter Instanz unter Richter **Wieland** mit geringen Geldstrafen.

1981 Mit äußerster Brutalität räumt die Mainzer Polizei das besetzte Haus **Augustinerstraße 21**. Die BesetzerInnen leisten "passiven Widerstand", ein Teil von ihnen wird mit nach hinten auf den Rücken gefesselten Händen über Rauhdachpappe gezogen, wobei es zu Schürfwunden an Körper und Gesicht kommt, ein Teil wird in gefesseltem Zustand durch die kleine Dachluke geworfen, eine Person sogar mit dem Kopf voran, neben Schürfwunden kommt es dabei zu einem Armbruch und einer Gehirnerschütterung, Prellungen an Brustkorb und Beckenkamm.

1983 Der **ASTA** der Uni Mainz hat die Frechheit, sich an der Friedensbewegung zu beteiligen. Ein Richter namens **Richter** ordnet eine Durchsuchung an.

1986, Mainzer Kessel: Die ATA, eine Propagandaorganisation der NATO, trifft sich in Mainz. Im Anschluß an eine genehmigte Demo, die von einem wandernden Polizeikessel umgeben war, findet eine Spontandemo statt. Die Demo wird endgültig eingekesselt, Polizeiführer Uwe **Kranz** läßt über 70 Demonstranten verhaften, sie werden unter menschenunwürdigen Bedingungen stundenlang in Gefangenenbussen festgehalten und im Mainzer und Wiesbadener Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt, wobei etliche mit der "**Knebelkette**", einer Art Daumenschraube fürs Handgelenk, gefoltert werden, um zur Zusammenarbeit bei der Abnahme von Fingerabdrücken gezwungen zu werden. Anwälte werden widerrechtlich nicht an ihre MandantInnen gelassen, ein Demonstrant muß vom Notarzt behandelt werden, alle bekommen gleichlautende Tatvorwürfe. Der jüngste Festgenommene war 13 Jahre alt.

Die Opfer bisheriger Polizeikessel in der BRD bekamen vor Gericht "Recht", nicht jedoch bei der Mainzer Justiz. Den Staatsanwälten **Schröder** und **Brandt** war es nicht zu blöd, die Opfer auch noch zu Tätern zu machen und fünf der Demonstranten anzuklagen.

Doch nun zur Gegenwart:

1992 treffen sich die Faschisten in **Biebelsheim**. Der Ort, an dem die Alliierten nach dem Krieg deutsche Kriegsgefangene internierten, soll zur Wallfahrtsstätte der Faschisten gemacht werden, die Zustände in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte sollen den verbrecherischen Charakter der Vernichtungslager des Faschismus relativieren.

Gunther nimmt an einem Bündnis gegen die Fascho-Aufmärsche teil. Der **DGB**-Kreisvorsitzende von Bad Kreuznach, **Schick**, informiert die Kreisverwaltung darüber, daß ihm anonym zugespielt worden sei, daß "autonome Gruppen sich zu 'nem Zeitpunkt in Biebelsheim treffen wollen, wenn auch Rechtsradikale sich dort oben zu 'ner Veranstaltung einfinden werden."

Innenminister **Zuber** rechtfertig mit **den Spitzeleinsatz im Jugendzentrum Bingen** diesem Hinweis vor dem Landtag. Nach Zubers Darstellung besagte der Hinweis "aus dem Kreis des Deutschen Ge-

werkschaftsbundes ... **eine** autonome Gruppe aus dem Raum Mainz-Bingen wolle bei der nächsten Veranstaltung der Rechten vermummt und mit Schlagstöcken versehen massiv stören". Obwohl sogar **Zuber** den Einsatz für rechtswidrig hält, gibt es offenbar keine Ermittlungen gegen die Polizei.

Ebenfalls im letzten Jahr nisten sich in einem **Wohnheim des Mainzer Studentenwerkes** Mitglieder der politischen Polizei oder des Verfassungsschutzes ein, um antifaschistische und andere Veranstaltungen und Treffen im gegenüberliegenden Haus zu bespitzeln.

Wir gehen davon aus, daß seit dieser Zeit die politische Polizei auf Gunther nicht gut zu sprechen ist.

Wir warten bis heute, daß der **DGB** sein Verhalten an diesem Punkt vollständig und wahrheitsgemäß darstellt, ebenso wie Herr Kurt **Vittinghoff, SPD-Europaabgeordneter** von Bad Kreuznach und Zuber-Spezi!

Am **6. Januar 1993** bekam die Polizei ihre Gelegenheit: 3 1/2 Stunden nach einem Überfall auf ein Treffen der verbotenen **"Deutschen Alternative"** hatte Gunther die Frechheit, von Mainz nach Wiesbaden zu fahren. Mitten im Winter hatte er auch noch Handschuhe und eine Wollmütze im Auto! Unter dem Sitz liegt ein abgesägtes Stuhlbein. Außerdem ist er "nach polizeilichen Erkenntnissen" als Antifaschist bekannt. Also ab ins Mainzer Polizeipräsidium und am nächsten Morgen dem Haftrichter vorgeführt. Richter **Pohlen** macht sich zum willigen Werkzeug der politischen Polizei: obwohl weder eine Zeugenaussage noch ein Beweis für Gunthers Teilnahme am Überfall angeführt wird, muß Gunther in U-Haft, da sich ja noch Beweise ergeben könnten, wenn Auto, Gegenstände und Kleidung nach mikroskopischen Spuren durchsucht werden.

14 Tage später kommt die vorgeschriebene Haftprüfung. Die Staatsanwaltschaft führt an, daß an Gunthers Schuhen und in seinem Auto Glasspuren gefunden wurden, die keinem bestimmten Wagentyp zuzuordnen sind. Am ach so fürchterlichen Stuhlbein finden sich keine

Spuren. Gunther muß weiter sitzen, der Verteidiger legt Haftbeschwerde ein.

Das **Landgericht Mainz** legt diese am 24. Februar mit einer offen politischen Begründung ab.

Gunther könne sich als "Mitglied der sogenannten autonomen Scene jederzeit in den Untergrund abtauchen", der Beschuldigte sei "Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe". So fantasievoll das Geschwafel von der Verbindung Autonome-Untergrund ist, so klar knüpft der politische Vorwurf des **"antinational"** gewollt oder ungewollt an die faschistische Propaganda des "Volksfeindes" an.

Gunther sitzt also weiter im **Mainzer U-Knast**. Ein Knast, in dem es bereits mehrere ungeklärte Todesfälle gab; in dem ein Gefangener sagte, sein Nachbar hätte nicht Selbstmord begangen, er sei von einem Rollkommando verprügelt worden. Zwei Wochen später war dieser Gefangene auch tot. Ein Knast, in dem die Zellen 2 x 4 Meter groß sind in einem Land, in dem jeder Schäferhund auf die dreifache Fläche Rechtsanspruch hat. Ein Knast, in dem die Zahnbürste mit über 7 DM bezahlt werden muß von Gefangenen, denen jede Einkommensmöglichkeit genommen ist. Ein Knast, der in seiner Unmenschlichkeit ein Spiegelbild der Mainzer Justiz ist.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Gunther und die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen!

Verteidigung, Soli-Arbeit und materielle Unterstützung kosten Geld!

Spenden: Wiesbadener Volksbank, BLZ 510 900 00
Kto-Nr 14926518, Kennwort "Gunther"

Infos bei:

Soli-Gruppe Gunther, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden

Post an Gunther: in 2 Umschlägen, äußerer an: Soli-Gruppe, Werderstraße 8, 6200 Wiesbaden, innerer Umschlag: Gunther

§§§§§§§§§§§§ Rechtstip §§§§§§§§§§§§

Am **03.11.1983** wurde in Mainz ein Angeklagter wegen "Widerstand und Körperverletzung" zu einer Geldstrafe verurteilt. Seinen Entlastungszeugen wurde nicht geglaubt, da ihre Aussagen **zu intelligent** gewirkt haben (Urteilsbegründung).

Hier eine glaubhafte Aussage uniformierter Zeugen als Gegenbeispiel:



lung von Amnestie-Forderung und der These von Gregor und der RAF **vom 'Ende einer Phase' ist objektiv (unabhängig von evtl. gegenteiligen Absichten!)** ein Signal von Kapitula**tion**, Aufgabe, Ende des *revolutionären* Kampfes, Versöhnung etc.
Damit wollen wir weder eine Amnestie-Forderung generell noch die "Anpassung der revolutionären Aktion an eine bestimmte Phase" verwerfen. Wir denken nur, daß diese "nicht als (...) Aufschub hinsichtlich des Prozesses des revolutionären Krieges, d.h. der Organisation der revolutionären Gewalt des Proletariats in der Eroberung der politischen Macht," konzipieren werden sollte. Die Gefangenen aus der AD sagen außerdem: "1981 hatten wir die politische Kraft, diesen Kampf (für eine Amnestie) zu führen und ihn wirklich zu gewinnen, d.h. als Moment und Entwicklung der revolutionären Bewegung; 1989 war die Situation die, daß dieser Kampf nicht ohne wesentliche Konzessionen geführt werden konnte. (...). Der Rückzug/Rückgang der revolutionären Bewegung, der Stillstand der revolutionären Aktivität erlaubte es nicht, eine Schlacht mit dem Ziel der Befreiung der politischen Gefangenen zu eröffnen, eine Schlacht, die nicht nur defensiv wäre." (Angehörigen-Info, Nr. 63, 29.3.91, S. 3 f.).
Wir denken, daß dies für Situation in der BRD 1993 noch mehr gilt, als für die Situation in Frankreich 1989 - dies in Anbetracht der von der RAF zur Legitimation ihrer neuen Politik immer wieder angeführten Tatsachen des Zerfalls des "real existierenden Sozialismus" als Gegengewicht zum Imperialismus und des Zerfalls der hiesigen - zumal: der revolutionären - Linken und der von Gregor erwähnten, ver**schärften** Repression gegen einen **Teil der** Gefangenen.

4. Statt sich (nach dem Projekt der **"politischen** Lösung" im vergange**nen Jahr)** in diesem Jahr erneut in reformistisch-ideologischer Projektemacherei (Ende einer Phase *ergo* Amnestie) zu verzetteln, kommt es unseres Erachtens darauf an, weiter (bzw. vielmehr: wieder!) für Forderungen nach **konkreten, materiellen Veränderungen der Situation der Gefangenen** zu kämpfen:
-- Für die Freiheit der revolutionären und aller anderen linken, politischen Gefangenen
[da wir das vorherrschende Verständnis vom 'Ende einer Phase' nicht teilen, beschränken wir uns - anders als in dem anderen Kritik-Papier in Erwägung gezogen, das sich wohl vor allem am *Wort* "Amnestie" stößt, ansonsten aber Gregors Position zu teilen scheint - **nicht auf die Forderung nach Freilassung der "gefangenen aus der phase 1970 - 1990 (?)".]**
-- Zusammenlegung bis zur Freiheit
-- Sofortige Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen
-- Einstellung der KronzeugInnen-Prozesse und des Prozesses gegen Eva Haule.
(Wenn wir die Freiheit der politischen Gefangenen fordern, **dann schließt das ein**, daß die Gefangenen ein Angebot des Staates zur **Freilassung**, wenn dieser eine **bedingungslose** Amnestie **beschließen** sollte, annehmen sollten. Eine solche Annahme eines **Angebotes des Staates** wäre aber etwas ganz anderes, als die von Gregor vorgeschlagene Propagierung einer Amnestie **durch uns.** Denn eine Amnestie kann von 'unserer' Seite nur auf zwei Arten begründet werden: **Entweder** in der Art, wie dies die AD-Gefangenen 1981 gemacht haben - also eingebunden in eine revolutionäre Zielsetzung. *Mit einer solchen Begründung* wäre eine Amnestie-Forderung in Anbetracht des heutigen Kräfteverhältnisses in der BRD einfach lächerlich. **Oder** in der Art, wie es Gregor macht: als Einschnitt im Verhältnis zum Staat. Diese Argumentation ist zwar unter heutigen Bedingungen 'realistischer' als die erste, aber eben auch eine Aufgabe

Stellungnahme zur Amnestie-Forderung

"**Amnestie** [zu griech. amnestia, eigtl. "**das Vergessen**"], Strafbefreiung", Meyers Neues Lexikon

Wir wollen hier zur Amnestie-Forderung wie sie von Gregor in der Interim entwickelt wurde, Stellung nehmen:
Wir denken, daß Gergor recht hat, wenn er schreibt, daß sich der Amnestie-Vorschlag "logisch aus dem Versuch der RAF und der (?) Gefangenen, ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in der BRD, die in dieser Form (...) an **unüberwindliche** Grenzen gestoßen ist, selbstkritisch zu hinterfragen und die Inhalte und Perspektiven systemantagonistischer Politik **grundsätzlich** neu zu diskutieren" ergibt Die RAF hat dafür in der Tat "erklärt, gegenüber dem Staat ein Verhältnis 'außerhalb des Krieges' anzustreben, (...). Die **Zäsur** der Einschnitt, (...), kann aber erst vollständig sein, wenn die gefangenen Kämpfer/innen aus der Phase der kriegerischen Konfrontation der RAF **zum Staat** befreit sind."

1. Diese Übereinstimmung Gregors Vorschlag mit der neuen RAF-Politik läßt uns diesen Vorschlag anders bewerten als frühere Amnestie-Vorschläge. **2.** Gleichzeitig ist es aber so, daß wir die von Gregor übernommene RAF-These, daß der Einschnitt bzw. **die Zäsur** nicht (nur) für die revolutionäre Bewegung **selbst**, sondern **auch** in derem Verhältnis **zum Staat** notwendig sei, für falsch.

zu 1.: Diese Übereinstimmung mit der neuen RAF-Politik - aber im wesentlichen auch *nur dies* - ist es, was Gregors Vorschlag von dem Vorschlag bspw. von Antje Vollmer von 1987 unterscheidet. Antje Vollmer hatte damals eine Einstellung der damaligen Praxis der RAF als Voraussetzung für eine Amnestie gefordert; die RAF ***hat* inzwischen** ihre damalige Praxis **eingestellt.**
Die dafür von RAF **bzw. von Gregor angeführten Argumente sind** im Kern die schon 1987 von Antje Vollmer vorgebrachten:
Antje Vollmer **u.a.** schrieben **damals**, daß "beide Seiten" (also **Staat** und RAF) einsehen müßten, "daß Anlaß [gemeint ist auch von Vollmer **u.a.** der Vietnam-Krieg] und Form der Konfrontation aus einer vergangenen Zeit stammen. (...) Viele Befreiungs- und Bürgerrechtsbewegungen kämpfen heute mit gewaltfreien Methoden um Unabhängigkeit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheiten."

zu 2.: Wir sind im Gegensatz zu Gregor **nicht** der Ansicht, daß die Politik der RAF an "**unüberwindliche** Grenzen" gestoßen **ist. Vielmehr** denken wir, daß sie **prinzipiell überwindbar** waren/sind und daß genau *darüber*, wie diese Überwindung realisiert werden kann, die Debatte geführt werden muß. Auch denken wir nicht, daß eine "grundsätzliche" Infragestellung von "Inhalte(n) und Perspektiven systemantagonistischer Politik" richtig ist. Vielmehr geht es - ggü. dem Ausgangspunkt bspw. der RAF - um die ***Ausweitung* "systemantagonistischer Politik"** in dem Sinne, daß nicht nur Klassenherrschaft, sondern auch rassistische und patriarchale Herrschaft umzuwälzen ist. Und es geht um 'neue Methoden der Vorbereitung der alten Lösung' (Lenin), weil auch in der 'neuen Phase' die Probleme die alten sind und auch für die *neu erkannten* Probleme gilt, daß die HERRschenden, ihre HERRschaft nicht freiwillig aufgeben werden. Der Vietnam-Krieg ist zwar zu Ende; aber der Imperialismus ist **alles** andere als am Ende!

3. Wir lehnen deshalb *Gregors* Amnestie-Vorschlag ab: **Die** Koppe-

PRESSEERKLÄRUNG zum Prozeß gegen Daniel H. am 22.4. 1993

SCHLUSS MIT DEN CONNEWITZ-PROZESSEN !!!

Daniel H. ist freigesprochen.
Der zur Tatzeit 17jährige, der am 27. November in der Leopoldstraße durch den Schuß einer Polizistin lebensgefährlich verletzt wurde, war wegen "Versuchten Totschlags" und "Schweren Landfriedensbruchs" vor dem Leipziger Landgericht angeklagt.
Wäre er verurteilt worden, hätte der massivste und unsinnigste Polizeieinsatz in Leipzig legitimiert werden können.
So aber ist der Prozeß gegen Daniel zu einer neuerlichen Pleite für die Staatsanwaltschaft und schließlich das sächsische Innenministerium, das die Verantwortung für die Ausschreitungen in Connewitz im November 1992 trägt, geworden.
Während des Prozesses versuchten die Polizeizeugen alles, um die Schützin zu decken; jedoch verwickelten sie sich in Widersprüche.
Die Polizistin, gegen die ein Verfahren wegen "Körperverletzung im Amt" läuft, verweigerte die Aussage, was ihr juristisch zusteht.
Viel schwerwiegender ist, daß die Polizei den angeschossenen Jugendlichen einfach liegenließ, ja nicht einmal über Funk einen Krankenwagen rief.
Dabei hätte nach ärztlichem Attest Daniel durch Verbluten bzw. Darmaustritt sterben können.
Der Verteidiger reklamierte, daß Aktenteile unterdrückt worden und erst heute zum Prozeß dem Gericht vorlagen.
Er plädierte von Anfang an auf Freispruch.
Sicherlich machen Schmerzensgeld, Haftentschädigung und eine Klage auf Verdienstausfall, fünf Monate Untersuchungshaft nicht wieder gut!
Die Staatsanwaltschaft sollte aufgrund der völlig unglaubwürdigen Zeugenaussagen der Polizisten endlich einsehen, daß mit diesen Prozessen Unschuldige Verfolgt werden, während die Verantwortlichen für die sogenannte "Connewitzer Krawallnacht" im Beamtenstatus stehen bzw. Diäten beziehen.

---

revolutionärer Politik. In diesem Kontext wollen wir uns hinsichtlich der [juristischen] Form, in der die Gefangenen freikommen sollen, nicht festlegen. Denn uns geht es - wie gesagt - nicht um bestimmte juristische Projekte, sondern um konkrete, materielle Veränderungen der Situation der Gefangenen. Und: In Anbetracht des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses wird es schon erheblicher Anstrengungen zur **Veränderung dieses Kräfteverhältnisses** bedürfen, um auch nur weitere *einzelne* Gefangene freizubekommen. Die Freiheit aller Gefangenen als **RevolutionärInnen** ist auf absehbare Zeit illusionär bzw. allenfalls bei Aufgabe deren revolutionärer Identität möglich - wobei dem Staat anscheinend selbst dies noch nicht reicht.)
Entgegen allen Versprechungen schneller Ergebnisse (im Sinne von "die Zeit (ist) reif für eine friedliche Lösung" [Antje Vollmer 1987] bzw. die "die zeit ist reif, daß die mobilisierung [...] eine politische lösung erreicht." [Papier aus der heutigen Diskussion]), denken wir, daß die Forderung nach Freiheit eines *beharrlichen* Kampfes bedarf und die Forderung nach einer Zusammenlegung deshalb wieder stärker in den Vordergrund rücken muß.
Sicherlich ist es leicht - und deshalb auch ein Problem! -, 'Beharrlichkeit' im Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu propagieren, wenn man es draußen selbst relativ behaglich hat. Aus dieser Problemlage ziehen wir zwei Konsequenzen:
Wir machen den Gefangenen, die ähnlich wie Gregor zumindest kurz- und mittelfristig keine Chance zur Rekonstruktion einer revolutionären Bewegung sehen, (über die damit bezeichnete politische Differenz hinaus) keinen 'moralischen' o.ä. Vorwurf, wenn sie sich deshalb Gregors Amnestie-Vorschlag anschließen (wobei wir es ohnehin für fragwürdig halten, revolutionäre Politik in moralischen Kategorien zu bestimmen). Wir brauchen keine Märtyrer.
Zum zweiten denken wir, daß das Problem - und dies haben schon Ali/Bernhard/Michi in ihrem Messerrücken-Text festgestellt - nicht ist, daß die Bestimmungen von revolutionärer Politik z.Z. zunächst abstrakt sind. Das Problem ist vielmehr, daß die Arbeit an einer Konkretisierung dieser zunächst abstrakten Bestimmung unter Hinweis auf den vermeintlich schnelleren Weg einer Konkretion als 'Lösung von unten' vermieden wird. Eine solche Vorgehensweise, die nicht von den zunächst abstrakten Bestimmungen revolutionärer Politik ausgeht, kann aber nur - wie die drei gezeigt haben - im Reformismus enden. (interim, Nr. 210, 8.10.92, S. 25).
Aber was stellen wir uns nun als Alternative zu einer Amnestie-Kampagne vor?
Zwei Komplexe:
1. Nicht *irgend*eine Diskussion über nebulöse 'Gesellschaftsveränderung', sondern eine Diskussion mit den revolutionären Gefangenen über eine Neubestimmung *revolutionärer* Politik, also die Erarbeitung der oben angesprochenen 'neuen Methoden der Vorbereitung der alten Lösung', also der Umwälzung der Staatsmacht. Dazu gehört für uns *auch* eine Diskussion über Fragen wie Leninismus/Stalinismus/Maoismus (Ist das eh alles das Gleiche? Oder gibt es Unterschiede? Gibt es Anknüpfungspunkte? Wenn ja, wo? Wo besteht Korrekturbedarf?), Bewegungen/Partei/Avantgarde etc.
2. denken wir, daß es um die Mobilisierung für die oben von uns angespochenen Forderungen geht. Ein Aspekt davon sollte die **konkrete Druckausübung auf hiesige EntscheidungsträgerInnen** für eine Großgruppe in Berlin sein.

"Vorwärts und **nicht vergessen** ..."

Anton und Fritz

Arbeitslose in Südkurdistan leben unter dreifachem Embargo

Arbeitslosenorganisation gründete sich aus der Rätebewegung

Die Arbeitslosenunion Kurdistan (AUK) wurde im Dezember 1992 gegründet. Sie versteht sich als Selbstorganisation der Arbeitslosen in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak.

Ein großer Teil der Gründer der AUK stammt aus der kurdischen Arbeiterbewegung, die vor dem Volksaufstand illegal gearbeitet hat. Während des Aufstandes waren sie in der Rätebewegung aktiv. Das heißt sie bildeten Fabrik- und Stadträte, um so die Verteidigung zu organisieren und - nachdem der Aufstand im März 1991 gewonnen war - eine basisdemokratische Verwaltung einzuführen. Die Bewegung konnte sich damals nicht lange halten. Das lag zum einen daran, daß die Bevölkerung in einer Situation, in der der Krieg nicht aufgehört hatten, sondern jeden Tag Gegenattacken der irakischen Regierung drohten, mehr Vertrauen in die organisierten, schwer bewaffneten Peschmerge der Kurdistan Front hatte. Zum anderen versuchte diese Kurdistan Front eben auch, die Räte möglichst schnell von der politischen Bühne zu drängen.

Ein weiterer Grund für das schnelle Scheitern der basisdemokratischen Strukturen war auch, daß sich die Rätebewegung vor allem auf die Arbeiterschaft berief und in einer Situation der nationalen Befreiung und eines national motivierten Aufstandes Forderungen - wie etwa die nach der 35 Stundenwoche - einbrachten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit wurde gelernt. Die AUK setzt an einem der brennendsten Probleme der kurdischen Gesellschaft an.

Situation der ArbeiterInnen und Arbeitslosen in Kurdistan

ArbeiterInnen machen in Südkurdistan einen relativ geringen Anteil an der Bevölkerung aus. Die kurdische Region wurde unter dem Baath Regime in nur sehr geringem Maße industrialisiert. In der gesamten Region, in der über 3,5 Millionen Menschen leben, gibt es nur 15 große Fabriken: drei Kleider-, eine Stoff-, eine Zucker-, zwei Zigaretten-, zwei Zement-, eine Garnfabrik, eine Mineralwasserabfüllungsanlage und drei große Hühnerfarmen. Bis auf eine der Hühnerfarmen waren alle Werke im Staatsbesitz. Privatbetriebe haben eher den Charakter von Manufakturen und sind hauptsächlich im Lebensmittelbereich angesiedelt. Die Versorgung der großen staatlichen Werke mit Rohstoffen erfolgte zentral von Bagdad aus. Das heißt, die zuständige staatliche Abteilung kaufte die Rohstoffe ein und lagerte sie zentral. Die Fabriken in Kurdistan bekamen Vorräte für jeweils einige Monate geliefert. Die Maschinen waren ausschließlich im Ausland eingekauft.

Aus diesen Gründen stehen heute so gut wie alle Fabriken still. Außer den Hühnerfarmen sind allen die Rohstoffe ausgegangen, zum Teil fehlen Ersatzteile, die im Irak nur mit größter Mühe, in Kurdistan gar nicht mehr zu beschaffen sind. Das doppelte Embargo, dem die Region unterworfen ist kann so als Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in Kurdistan bezeichnet werden.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß vor dem Aufstand fast 70% der arbeitsfähigen Bevölkerung im Staatsdienst beschäftigt war. Das Baath Regime versuchte auf diese Art und Weise, die Bevölkerung so unproduktiv als möglich zu halten und dennoch Armut und damit verbundene Unruhen in den großen Städten so weit als möglich zu vermeiden. Mit den Öleinnahmen fiel es dem Regime nicht schwer, diese Politik zu finanzieren. Diese Politik verschaffte Kurdistan ein Heer von zum großen Teil nicht qualifizierten Arbeitslosen. Männer und Frauen sind von dem Wegfall der Arbeitsplätze gleichermaßen betroffen. Gerade in den obengenannten Fabriken waren - mit Ausnahme der Zementfabrik - oft mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen Frauen, für die Angestellten mag der Prozentsatz zwar etwas niedriger liegen, aber auch hier ist der Anteil an Frauen im Vergleich zu den Nachbarländern sehr hoch.

Eine andere große Gruppe von Männern aus ländlichen und städtischen Gebiet hatte ebenfalls mit dem Volksaufstand ihren Arbeitsplatz verloren: Sie waren beim Militär gewesen. Der Militärdienst konnte im Irak oft bis zu 12 Jahren dauern. Vor allem die Männer aus den deportierten Dörfern wurden zum Militär geschickt und hatten dort zum Teil sowohl den Iran- als auch den Kuwait-Krieg miterlebt. Der Aufstand brachte ihnen die Befreiung vom Militär - und bedeutete eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in Südkurdistan.

Arbeit und Forderungen der AUK

Ca 80% der arbeitsfähigen Bevölkerung der kurdisch verwalteten Region sind heute nach Angaben der AUK arbeitslos. Verschärft wird ihre Situation noch durch die galoppierende Inflation, die durch das doppelte Embargo bedingt wird. So kostete ein Liter Kerosin im Winter 1991 noch 1 bis 2 Dinar, im vergangenen Winter schwankten die Preise zwischen 5 und 8 Dinar, ein Sack Reis stieg von knapp 100 auf 600 Dinar. Binnenflüchtlinge und Dorfbewohner in abgelegenen Gegenden werden von der UNICEF oder anderen Hilfsorganisationen zumindet notdürftig versorgt. Die Städte sind in deren Programm nicht vorgesehen. Gerade in den Städten, wo ja im Sommer auch keine Landwirtschaft betrieben werden konnte, ist die Not diesen Winter am größten.

Die AUK hat sich zwar aus dieser Situation heraus gegründet, versteht sich aber nicht als "Dienstleistungsorganisation". Sie bietet Arbeitslosen an, sich bei ihnen registrieren zu lassen und die wöchentlichen Vollversammlungen zu besuchen. Auf diesen VVs werden Sprecher der AUK gewählt, die ihr Amt bis zur nächsten VV innehaben. Einer der Sprecher zur Arbeit der AUK: "Unsere Leute haben gelernt, immer die Hand aufzuhalten. Erst haben sie Zuwendungen von der Regierung bekommen, denn das Regime konnte sich seine Untertanen kaufen. Dann nach dem Aufstand kam die UNO und andere Organisationen, an die wurde dann die Hoffnung geknüpft. Dann riefen die Leute "Yes Yes Bush...." und erhofften sich die Rettung vom Kriegsgegner Saddams. Dann wurde gewählt, und diesmal meinten alle, die kurdische Regierung müßte uns aus unserer Misere retten.

Wir haben jetzt ein halbes Jahr eine Regierung, gerettet ist natürlich niemand. Die Leute fangen an, das zu verstehen. Wir versuchen in jeder Vollversammlung klarzumachen, daß wir kein Dienstleistungsbetrieb sind. Wir haben nichts zu vergeben, die Leute sollen zu uns kommen, weil sie lernen müssen, die Kräfteverhältnisse hier zu begreifen und ihre Rechte einzufordern, nicht zu erbetteln.".

Konkrete Forderungen hat die AUK schon erarbeitet: "Wir versuchen erst einmal die Arbeitslosen zu erfassen. Dann gehen wir zu den Organisationen und auch zur Regierung und versuchen zu einem Abkommen zu gelangen, daß bei Bedarf auf Arbeitskräfte dieser Liste zurückgegriffen wird. Das ist mal der erste Schritt.

Wir fordern auch, daß die Regierung beschließt, Arbeitslosengeld einzuführen, denn wir wissen auch, daß Arbeitsplatzschaffung so gut wie unmöglich ist, solange die Embargos weiterbestehen. Aber trotzdem ist es wichtig, daß wir uns den Herrschenden präsentieren und erklären: 'Wir können arbeiten, wir wollen Arbeit und keine Almosen'. Das ist gleichzeitig ein Kampf gegen das Klientelsystem, das uns das BaathRegime 20 Jahre lang eingepflanzt hat."

Knapp 500 Personen haben sich in Sülaymania in den ersten zwei Wochen regisitieren lassen, in Hewler sind es in der gleichen Zeit etwas über 2000. Ihre Motive sind unterschiedlich. Viele sind aus Verzweiflung zum Büro der AUK gekommen: "Wir haben schon Schmuck und Möbel verkauft, was sollen wir denn noch machen." Der das sagt, hat acht Kinder und vor dem Aufstand in der Zuckerfabrik gearbeitet. Er erhofft sich Hilfe von der AUK, versteht aber schon, daß sie keine Hilfsorganisation ist: "Hier sind alle wie wir, keine Großkopferten, vor denen du buckeln mußt; der Hejar kann zwar besser reden als ich, aber der ist auch ein Arbeitsloser, dem keiner hilft. Der bescheißt uns wenigstens nicht."

Für Notfälle hat die AUK einen Fonds eingerichtet. Einmal in der Woche steht in ihrem Büro ein Arzt zur kostenlosen Krankenbehandlung bereit. Doch die Mittel sind mehr als knapp. Mit dem folgenden Brief wendet sich die AUK das erste Mal an die europäische Öffentlichkeit mit der Bitte um Solidarität.

Brief:

Offener Brief der Arbeitslosenunion Sülaymania zur Veröffentlichung in Europa:

An die Arbeitslosen der Industrienationen,

wir wenden uns an euch, denn trotz aller Unterschiede sind ihr und wir diejenigen, die für die Interessen des internationalen Kapitals bezahlen.

Wir wollen euch über unsere Situation hier informieren. Obwohl momentan überall auf der Welt die Arbeitslosigkeit auf Grund der vom Kapital verfolgten Politik zunimmt, gibt es hier in Kurdistan noch einmal besondere Bedingungen. Die Arbeitslosigkeit ist zum Allgemeinzustand unserer Gesellschaft geworden.

Unter dem Baath Regime hatten wir keinerlei soziale, politische und ökonomische Rechte. Auch die kurdische Regierung spricht uns Arbeitslosen diese Rechte nicht zu...

Die beiden Golfkriege haben die ökonomische Struktur des Irak zerstört. Das wirtschaftliche Leben in Kurdistan liegt brach, es gibt praktisch keine Arbeitsmöglichkeiten mehr. Die beiden Embargos, das UN-Embargo gegen den Irak und das irakische Embargo gegen Kurdistan erschweren unsere Situation noch weiter.

Nahrungsmittel und Treibstoff werden von Tag zu Tag teurer. Der Lebensstandard der Arbeiter und Arbeitslosen ist enorm gesunken.

Wir wollen hier auch noch ein drittes Embargo erwähnen, das die Bourgoisie unseres Landes den Arbeitern und Werktätigen auferlegt hat. Ein Teil der ausländischen Hilfe versickert in den Kanälen der bourgeoisen Organisationen.

Unter diesen Bedingungen kann sich die Arbeiterbewegung in Kurdistan nur sehr langsam entwickeln. Wir haben uns als Arbeitslosenunion zusammengeschlossen, um vereint unseren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Vor allen Dingen fordern wir Arbeitslosenunterstützung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Weiterhin fordern wir die Aufhebung beider Embargos. Beide treffen nicht in erster Linie die kurdische und arabische Bourgoisie, sondern die Arbeiter, Werktätigen und Arbeitslosen im Irak und Kurdistan.

Das kurdische Parlament soll ein Arbeitsgesetz verabschieden, das die Interessen unserer Klasse garantiert.

Bis heute haben wir zwei Niederlassungen in Hewler und Sülaymania. In beiden Orten ist ein Sprecherrat von den jeweiligen Vollversammlungen gewählt worden.

Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeitslosen in ganz Europa mit der Bitte, unsere Forderung nach Aufhebung der Embargos aktiv zu unterstützen.

Schafft ein Forum für unsere Forderungen in euren Organisationen.

Liebe Interims
In der I.. vom 22. 04. habt Ihr die Ankündigung der Peru-Veranstaltung im X-B-Liebig (sehr nett graphisch kommentiert) abgedruckt. Dazu jetzt nur ganz kurz ein Kommentar von uns: Diese Ankündigung (AntikommunistInnen unerwünscht) kam nicht von uns, sondern von der Vorbereitungsgruppe dieser Veranstaltung und war mit dem Kollektiv nicht abgesprochen. Die Absprachen für dieses "offene Plenum" sahen auch ganz anders aus, so daß wir fast davon ausgehen müssen, daß wir übern Tisch gezogen werden sollten. Wir werden versuchen, bis zur nächsten Woche eine ausführlichere Stellungnahme fertigzukriegen.
Allerdings ist diese Kurzinfo unserer Meinung nach wichtig, weil wir uns mit derartigen Plattsprüchen nicht identifizieren lassen wollen.
Menschen aus dem X-B-Liebig-Kollektiv

FREITAG 30.4.

Liebe LesbenFrauen!!
am **WALPURGISMORGEN**
seid ihr zum **FRÜHSTÜCK**
herzlichst willkommen im

CLASH

Uferstr. 13 / Ecke Martin-Opitz-Str.
U-Bhf Pankstr. oder Nauener Platz
ab 11.00 Uhr
Hexen bringt Utensilien
zum Anmalen mit !

FREITAG 30.4.

SOLIDARITÄTSFEST
für die revolutionäre Zeitschrift
"YENİ DÜNYA İÇİN" –Für eine neue Welt–
aus der Türkei-Nordkurdistan

Die Barbarei der Unterdrückung, der reaktionären Kriege, der "neuen" alten Weltordnung zu entlarven und über die Kämpfe der ArbeiterInnen, der unterdrückten Frauen, der kurdischen Nation, der Jugendlichen in der Türkei-Nordkurdistan und weltweit zu informieren; das ist die Arbeit von "YENİ DÜNYA İÇİN".

In der Veranstaltung wird das durch Theaterstücke "Özgür Sahne", durch den Chor "Özgürlük Savaşçıları", mit Gedichten, Texte, Dias, Videofilmen und Fotoausstellungen, Folkloretänze erlebbar!

Internationalismus in der Praxis!

(Die Veranstaltung wird deutsch/türkisch gemacht.)

Veranstaltungsort: *Berlin, TU-AUDIMAX (Technische Universität)*
Datum: *30. April 1993, Freitag*
Beginn: *18.00 Uhr.*

WALPURGISNACHT

DEMO 18.00 UHR
WINTERFELDPLATZ
FETE 20.00 UHR
ALTE TU-MENSA
HADENBERGSTRASSE

FREITAG 30.4.

Die FAU-Gransee lädt Interessierte recht herzlich ein zum Vortrag von

Claus Schmitt (Berlin)

zum Thema: **Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?**

Freitag, den 30.4.93 im Gebäude des Sportplatzes Gransee(Oranienburger Str.)
Beginn: 19.00 Uhr

SAMSTAG 1.5.

1. M A I - Frühstücksbuffet
ab 10 Uhr
im *CLASH*

Uferstr. 13 / Ecke Martin-Opitz-Str.
U-Bhf Pankstr. oder Nauener Platz

Heraus zum revolutionärem 1. Mai!

Demonstration

13.00 Uhr Oranienplatz

SONNTAG 2.5.

Rüstungsindustrie im 3. und "4. Reich"



Wer Gewehre baut, braucht Krieg



Film über Mauser / Heckler und Koch, größter Waffenexporteur für "leichte" Waffensysteme in der BRD.

und dem holländischem Zeitzeugen Bram Slaager (Zwangsarbeiter bei der Waffenfirma Mauser im 3. Reich)

Zeit : So. 2. Mai 1993, 18.00 Uhr
Ort : Haus der Demokratie, großer Saal, Friedrichstraße 165, Berlin-Mitte
U-Bahnhof : Französische Straße

...stalter : Gandhi-Informations-Zentrum, NEUES FORUM, Kampagne gegen Wehrpflicht und Militär
V.i.S.d.P. : Lothar Sibele, Kluser 2, 1-51

SONNTAG 2.5.

AGIT PROP
presents:
"30 Anschläge"
(TON-DIA-SHOW)

PLAKATKUNST gegen
Sexismus
Rassismus
Olympische Spiele
Umstrukturierung

AM 2.MAI (The Day After) um21.00 Uhr
auf'm Heini---bringt Stühle mit!

SONNTAG 2.5.

Sonntag 02.05. 19.30 Uhr

(Il)legale Drogen

- Das Betäubungsmittelgesetz
- Lust und Frust / Vom Umgang der linksradikalen und feministischlesbischen Szene mit diversen Drogen
- Legalisierung

(Diskussionsveranstaltung)

ORT

Bildungswerk für
Demokratie und Umweltschutz
Zeughofstr. 20, 5. Stock
1/36 (U-Bahn Görlitzer Bahnhof)

LADIES ONLY! LADIES ONLY!

2.Mai:"Tunnelfeiern im Tiergarten"

ab 14Uhr

Bellevueallee, nahe Kemperplatz

Der A-Laden, die BI-Westtangente und weitere Umweltinitiativen laden Euch ein, zu einer Simulation der Abluftschächte des zukünftigen Tiergartentunnels. Wir testen heute schon, wie in Zukunft die Autoabgase aus dem Untergrund kommen. Seid massenhaft mit Ofen- und anderen Rohren zur Stelle. Den Rauch liefern wir...

ZATA THEATER

FEMMES FATALES

2. April - 2. Mai 1993
Freitag - Sonntag 20.30 h

Vorbestellungen:
Tel 213 5440

Café Kuckucksei
Wrangelstr. 79
1000 Berlin 36



DIENSTAG 4.5.

Powaqqatsi (USA 88, 99min)
Fortsetzung von Koyaanisqatsi: ein kommentarloser Bilderbogen über die Zerstörung der Welt, begleitet von sinfonischer Musik
Ort: CLASH, Uferstr.13, 1/65
UBhf. Pankstraße oder Nauener Platz
Zeit: 21.00 Uhr und 23.00 Uhr

Cafe CLASH
Uferstr. 13
1000 Berlin 65
Tel:462 78 46

MITTWOCH 5.5.

21 Uhr

"Mir zeynen do" v Ingrid Strobl

Zu Hitlers 104. wurde beschlossen, seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen !

TAG Somalia

Nie wieder deutsche Soldaten in aller Welt !

Aktionsdemo gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr

Treffpunkt : Breitscheidplatz (U-Bahnhof Zoologischer Garten)
Zeit : Um 19.00 Uhr am Tag des Abflugs der ersten Kampfeinheiten.

Koordinierung : Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär ; Oranienstr. 25 ; 1-36 ; Tel.: 61500530
Unterstützt vom Neuen Forum

V.i.S.d.P. Lothar Scholz, Klausur 2, 1-51

Donnerstag 6.5. women only

21.00 CLASH, Uferstr.13 1/65
Frauen/Lesbenabend mit Video-Film:
Ojalá, ein Film über die Hoffnung auf ein neues Land- Guatemalas Vertriebene kehren zurück
Vor über 10Jahren flohen mehrere 10.000 LandarbeiterInnen vor dem guatemaltekischen Militär nach Mexiko. Jetzt wollen sie zurück.
Filmwdh. am 11.5. im Clash, 21.00 und 23.00.

DONNERSTAG 6.5.

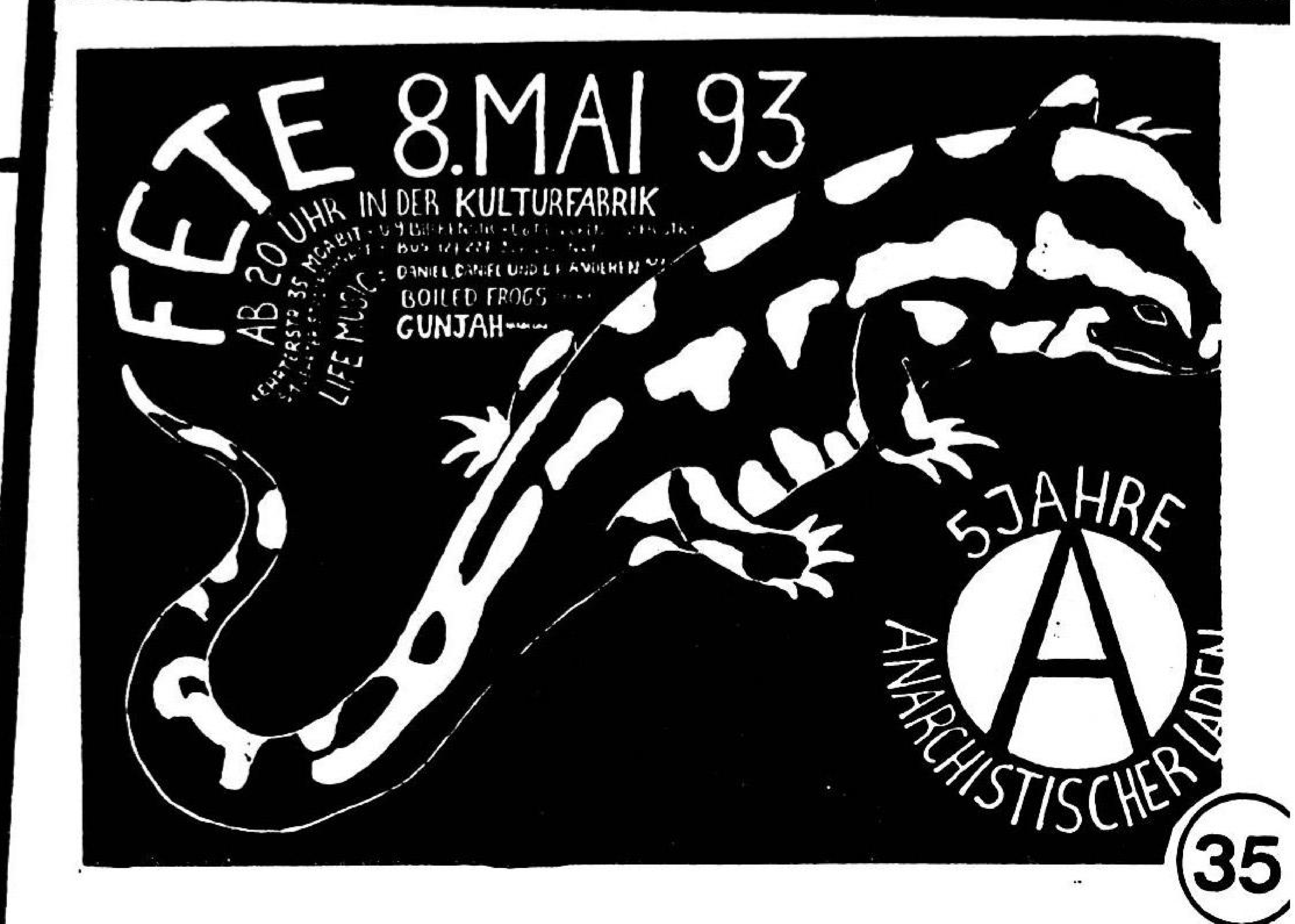
Am 6.5.1993 um 19 Uhr im Kato im U-Bahnhof Schlesisches Tor

stellt Robert Kurz seine Thesen vor, die er in seinem neuen Buch:*

Potemkins Rückkehr

anhand der aktuellen gesamtdeutschen Wirtschaftssituation konkretisiert hat.

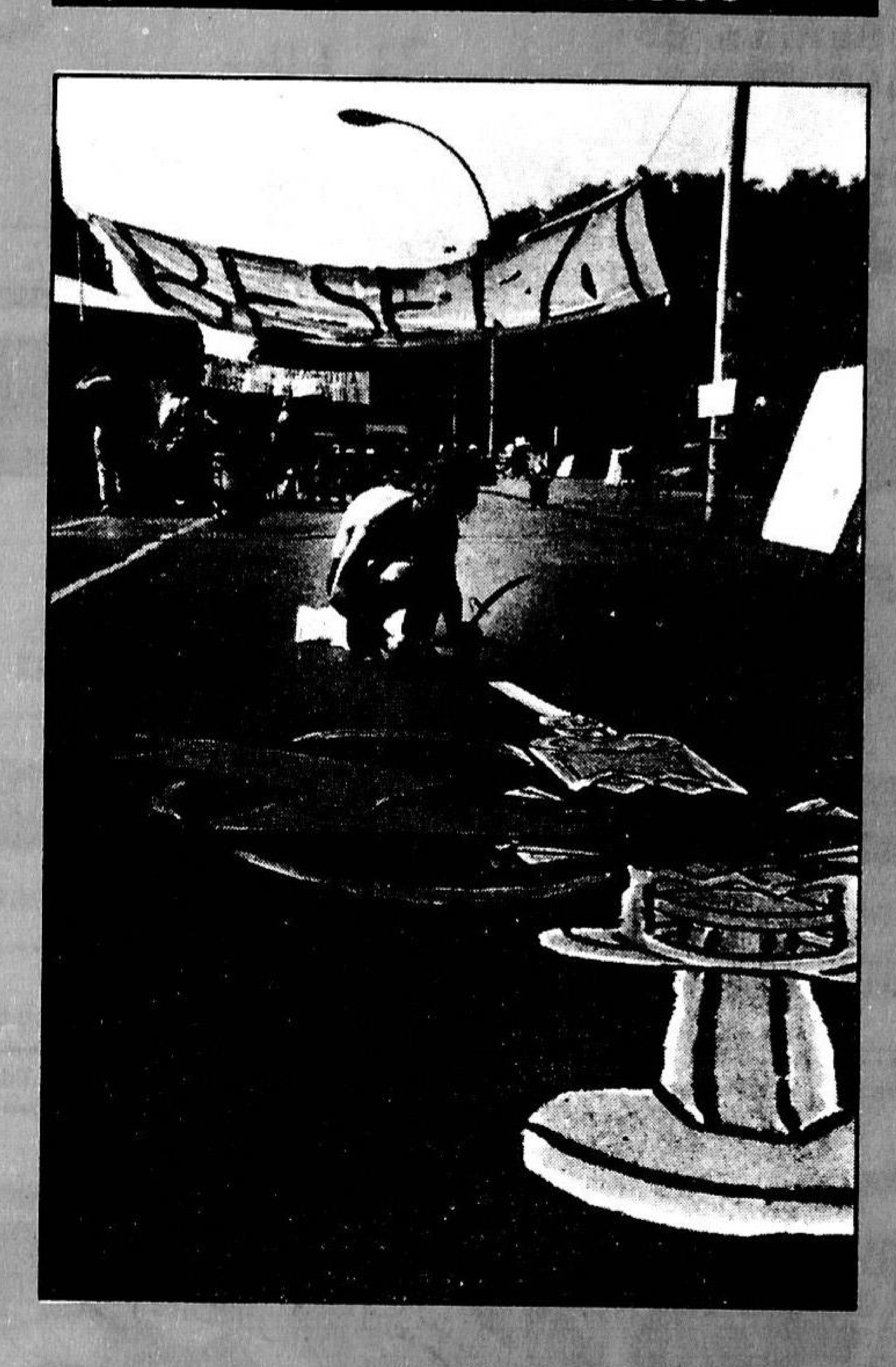
Moderation: Helmut Thielen
(Autor und Journalist)





2.-6. MAI





SONNTAG, 2. 5.

14.00 Uhr. "Der Tag danach". Zweites Frühstück auf der Oranienstraße. (Selbstversorgung; denn von nix kommt nix). Der Kinderbauernhof kommt tierisch. Ausserdem: Siebdruckworkshop.
21.00 Uhr. Agit Prop stellt vor: "30 Anschläge". Diaaktion auf dem Heinrichplatz. Danach: Video-Night mit AK Kraak.

MONTAG, 3. 5.

"DDR von Unten." (Fotoausstellung).
17.00 Uhr. "Von einem der auszog...". Film Jena 85-87.
21.00 Uhr. OPUS DEI - "die heilige Mafia" in Kreuzberg. Veranstaltung, eventuell mit Film.

DIENSTAG, 4. 5.

18.00 Uhr. "Einberufung". Film zur Totalverweigerung.
20.00 Uhr. "Spekulanten pflastern unser Weg". Veranstaltung von Leuten aus einer Privatmodernisierungs-Ini und der BMG Kreuzberg. **Danach: Filme.** "Wer frißt wen", "Was tun, wenns prenzlig wird?" NoOlympic-City.

MITTWOCH, 5. 5.

16.00 Uhr. SchülerInnen-Theater T.o.S. "Wo hört Spaß auf?" Scenen in Tüten.
18.00 Uhr. "Wir wollen Spuk und Gaudi an der Schule". SchülerInnen-veranstaltung.
21.00 Uhr. Konzert mit Yok Quetschenpower.

DONNERSTAG, 6. 5.

17.00 Uhr. Stadtspiel der Oberbaumbrückenini zum Stadtring. Treff: SO 36. Fahrräder mitbringen!
21.00 Uhr. Konzert mit "Alice brennen" und "Apparatschik".